

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Bern

9. JAHR

APRIL 1916



**Publikations-Organ des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen und Organ des Bundes für Menschheitsinteressen und
:: :: Organisation menschlichen Fortschritts :: ::**

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Jährlich 4 Hefte für 5 Mark (6 Fr.). Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“
1 Fr. 50 Cts. (1 Mk. 25 Pfg.)

INHALT:

Professor Dr. R. BRODA, Bern: Die sozialpolitische Entwicklung der Kriegszeit und die sozialpolitischen Ausblicke für die Zeit nach dem Kriege	67
ED. BERNSTEIN, Mitglied des deutschen Reichstags, Berlin: Handelspolitik und Völkerbeziehungen	77
Dr. A. SCHWADRON, Wien: Etwas zum Thema: Der Pazifismus und die nationalen Fragen	84
Vorbedingungen eines Dauerfriedens	89
Dr. A. FOREL, eh. Professor an der Universität Zürich: Genug zerstört! Wiederaufbauen	96
MARIE KOCZYNSKA, Breslau: Weibliche „Dienstpflicht“?	106
WILLI DÜNWALD, Bonn: Credo	108



PROFESSOR DR. R. BRODA, BERN: DIE SOZIALPOLITISCHE ENTWICKLUNG DER KRIEGSZEIT UND DIE SOZIALPOLITISCHEN AUSBLICKE FÜR DIE ZEIT NACH DEM KRIEGE.

DIE Leidenschaftsstimmungen der Kriegsepoche und alle ihre eigenartigen Probleme und Leiden haben die Aufmerksamkeit der Massen in weitgehendem Grade von den Uebeln und den Problemen der allgemeinen sozialen Entwicklung abgelenkt. Nicht etwa, dass dieselben aufgehört hätten, zu bestehen; aber seelische Kräfte, die noch schärfer an die elementaren Grundlagen des Seins und Lebens griffen, liessen ihrer vorübergehend vergessen, lenkten alle schöpferischen Kräfte, die den Völkern noch geblieben, nach anderer Richtung.

Auch die finanziellen Mittel, die für Ausgestaltung der Sozialpolitik erforderlich gewesen wären, wurden für die unproduktiven Kräfte des Krieges in Anspruch genommen. Auch die statistischen Grundlagen jeder Frage wurden durch die ausserordentlichen Entwicklungen der Kriegszeit so gewandelt, dass eine organische, auf Dauer berechnete Reform erschwert worden wäre.

Wenn wir allen diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen, so ist eigentlich nicht zu verwundern, dass die sozialpolitischen Fortschritte dieser 20 Kriegsmonate so gering gewesen sind, sondern eher, dass es überhaupt solche Fortschritte gegeben hat und dass die hie und da, besonders zu Beginn des Krieges wahrnehmbaren Ansätze für eine Rückbildung der sozialpolitischen Einrichtungen, für eine Beseitigung der zu Gunsten der Arbeiterschaft geschaffenen Garantien, welche die unbeschränkte Entfaltung der Produktionskräfte und die Konzentrierung aller Volksenergien auf das Kriegsziel verhindern mochten, keine weiteren Folgen nach sich gezogen haben.

Als charakteristisches Beispiel dieser Rückbildungstendenz sei die Verordnung des k. k. österreichischen Handelsministeriums vom 11. September 1915 angeführt. Sie betont zunächst die Wichtigkeit der gesetzlichen Vorschriften, welche die Nacharbeit jugendlicher Hilfsarbeiter unter 16 Jahren verbieten, geht jedoch dann auf die aus den militärischen Verhältnissen erfließende Zwangslage ein und kommt zum Schlusse, die gelegentliche Nichtbeachtung dieser Vorschriften zu gestatten. Die Verordnung führt dann weiter aus, dass „im Hinblick auf die besondere Schutzbedürftigkeit dieser für die künftige Wehrkraft des Staates so wichtigen Arbeiterkategorien“ diese Bewilligungen für Nacharbeit der Knaben seltener als die für Nacharbeit von Frauen und Mädchen erteilt werden sollen, beide übrigens nur in Fällen dringenden militärischen Bedarfes u. s. w. Die aus humanitären, sittlichen und hygienischen Gründen von der sozialpolitischen Theorie und Praxis so einmütig verurteilte Nacharbeit von jungen Mädchen, deren Beseitigung durch internationale Vorträge festgelegt worden war und einen der wichtigsten Fortschritte der Sozialpolitik gebildet hatte, wird also sogar in noch weiterem Rahmen

als die Nacharbeit der Knaben wieder gestattet (Abschnitt 3, Zeile 8, 9, 10 der Verordnung).

Auch die Kürzung der Ruhezeiten für Eisenbahner in Preussen, sowie die von den preussischen Bergbehörden seit Kriegsbeginn zugelassene Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern bei Arbeiten „unter Tage“*), die trotz Einspruchs der sozialdemokratischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus (Sitzung vom 6. März) aufrechtgehalten wurde, seien hier erwähnt.

* * *

Im folgenden wollen wir auf die Probleme der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung, wie sie für die bleibenden Verhältnisse unserer Wirtschaftsepoche charakteristisch sind, näher eintreten; die Gegenmassregeln gegen aktuelle Uebelstände der Kriegszeit, z. B. die Höchstpreise, wie sie gegenüber den Wirkungen wirtschaftlicher Blockade, dem Kriegswucher u. s. w. erforderlich geworden sind, sollen ausserhalb des Rahmens dieser Untersuchung bleiben.

Die neuen sozialpolitischen Fortschritte während der Kriegszeit beziehen sich mit zwei Ausnahmen nur auf neutrale Länder, sowie andererseits auf das klassische Land der Arbeiterschutzgesetzgebung, Australien**).

In Norwegen wurde durch ein Gesetz vom 18. September 1915 ein Maximalarbeitstag von 10 Stunden und ein Maximalarbeitstag von 54 Stunden pro Woche festgesetzt.

In Australien wurde durch ein Gesetz vom 7. Dezember 1914 einer Reihe von praktischen Erfahrungen bezüglich der Lohnämter und industriellen Schiedsgerichte Rechnung getragen und die Wirkungsmöglichkeit dieser Massregel gewerblichen Friedens dadurch ausgedehnt.

In Norwegen wieder ist ein vom gleichen Geist getragenes Gesetz über rechtliche Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern am 6. August 1915 rechtskräftig geworden. Es bestimmt, dass Konflikte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die sich auf Auslegung eines Tarifvertrages stützen, nicht durch Streik zum Austrag gebracht werden dürfen, sondern von einem paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgericht zu entscheiden sind. Streitigkeiten, die sich nicht auf Auslegung eines Tarifvertrages beziehen, also Interesse- und nicht Rechtskonflikte darstellen, dürfen nicht durch Streik zum Austrag gebracht werden, bevor die Kündigungsfrist abgelaufen ist, sowie bevor 4 Tage seit der Anzeige des Konflikts bei einer staatlichen Vermittlungsstelle verfloren sind. Dieser obliegt es, die gesamte 4 tägige Frist für ein Vermittlungsverfahren zu benützen. Bleibt es erfolglos, so kann es allerdings zum Streik kommen.

In der Schweiz ist am 8. Januar 1915 ein Ergänzungsgesetz erlassen worden, das die Einführung der Unfallversicherung erleichtern und einige praktische Schwierigkeiten beseitigen soll.

*) Soziale Praxis, Berlin, Nummer vom 16. März 1916.

**) Siehe näheres im Bulletin des internationalen Arbeitsamtes, Jena, Verlag von Gustav Fischer 1915, Nummer 11—12.

Deutschland hat die Altersgrenze für die Liquidierung der Invalidenrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen unter-
nommen. Der Reichstag hat einen dahingehenden Antrag einstimmig
angenommen, der Bundesrat hat darauf eine entsprechende Vorlage
ausgearbeitet, die zweifellos demnächst Gesetz werden wird.

Die wichtigste unter den sozialpolitischen Massnahmen der Kriegs-
zeit, doppelt interessant weil sie in einem kriegführenden Staat zustande
kam, war die Einführung von Minimallöhnen für die Heimarbeiterinnen
Frankreichs, die nach jahrelangen Verhandlungen*) am 10. Januar
1915 zum Gesetz erhoben wurde. Dieselbe geht sogar über die Anträge,
die im Jahre 1914 die Zustimmung der massgebenden parlamentarischen
Faktoren zu finden schienen, nicht unwesentlich hinaus. Zu Gunsten
der Heimarbeiterin soll ein Minimallohn in der vollen Höhe des durch-
schnittlichen Werkstättelohnes der gleichen (oder, wenn in einer
Branche nur Heimarbeit besteht, einer verwandten Industrie) festge-
setzt werden. Die Feststellung dieses durchschnittlichen Tag-
lohneshes für Werkstättearbeit wird eigenen Arbeitsräten und Sach-
verständigen-Ausschüssen übertragen, die ausserdem zu untersuchen
haben, wieviel Zeit für die einzelnen Serienarbeiten der Heimarbeit
erforderlich ist. Die Multiplizierung des so festgesetzten Tages-
resp. Stundenlohneshes mit der Anzahl der für die einzelnen Her-
stellungen notwendigen Arbeitsstunden ergibt dann die Höhe des für
jede Arbeit (z. B. Herstellung eines Hemdes) entfallenden Minimums an
Stücklohn. Die Ziffern werden veröffentlicht und wenn der Arbeit-
geber weniger als den Minimallohn an eine Arbeiterin entrichtet, so
steht nicht bloss ihr, sondern auch gewissen sozialen Verbänden, ja
selbst Gewerkvereinen von Werkstättenarbeitern das Recht zu, den
Arbeitgeber beim Gewerbegericht zu belangen und Zahlung der Dif-
ferenz an die Arbeiterin zu fordern**).

Fassen wir die Ergebnisse dieser Uebersicht zusammen, so finden
wir, dass die vom Kriege und seiner wirtschaftlichen Kriese nur wenig
berührten demokratischen Musterstaaten, Norwegen und Australien, in
ihrer Reformarbeit ungestört weitergehen. Aus England wird keine
bedeutendere Reform gemeldet. Deutschland hat in einer rein humani-
tären Beziehung — was Fürsorge für seine greisen Arbeiter anlangt —
einen Schritt nach vorwärts getan; ebenso Frankreich (wohl aus
einer gewissen Stimmung nationaler Solidarität heraus, die manchen
ehedem wirksamen Einwand rücksichtslosen Eigeninteresses zum Ver-

*) Ueber die Anteilnahme des Instituts für internationalen Austausch fort-
schrittlicher Erfahrungen an der Durchsetzung dieser Reform ist in den Spalten
dieser Zeitschrift des öftern berichtet worden.

**) Die vom Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen
auf Grund des englisch-australischen Beispiels vertretene Forderung, dass die
Fabrikinspektoren mit der Kontrolle beauftragt und Strafbestimmungen
für Nichteinhaltung der Minimallöhne festgelegt werden sollten, ist also nicht
erfüllt worden, aber die andere wichtigere Forderung nach Festlegung des Minimal-
lohneshes durch paritätische Arbeitsräte, welche in Australien so überaus
bedeutsame Zukunftsmöglichkeiten für gesetzliche Festlegung der Löhne und
Arbeitsbedingungen überhaupt eröffnete, ist nun doch verwirklicht worden.
Die Berechtigung der Gewerkvereine zur Anstrengung der Zivilprozesse
scheint diesem, andernfalls so überaus fragwürdigen Hilfsmittel doch starke
Garantien der Wirksamkeit zu verleihen.

stummen brachte) das freilich schon zur Zeit des Kriegsausbruches nahe an die Vollendung geführte Heimarbeiterinnengesetz tatsächlich durchgeführt. Da viele Heereslieferungen in Heimarbeit vergeben werden und die Heeresverwaltungen überhaupt nicht das gleiche Verhältnis zu den Traditionen des freien Spiels der Kräfte besitzen wie die Privatindustrie, so mag auch diese staatssozialistische Stimmungsnuance, die auf so ganz anderem Felde und in weitaus grösserer Ausweitung auch in den staatlichen Regelungen der Güterverteilung des Deutschen Reichs zum Ausdruck kam, mitgewirkt haben.

Auch die Verordnungen des Oberkommandos in den Marken über Maximalarbeitszeit, Arbeitsregelung und Verbot von besonders niedrigen Löhnen in der Konfektion von Web- und Wirkwaren*) mögen hier erwähnt werden, doch sehen sie stets Ausnahmen für Lieferungen vor, an denen die Heeresverwaltung ein besonderes Interesse besitzt.

Diese Spezialfälle scheinen uns aber doch die allgemeine Regel von der Verlangsamung des sozialpolitischen Fortschritts durch den Krieg durchaus nicht zu entkräften; da ein wesentlicher Teil der hiefür verantwortlichen Faktoren (so insbesondere die Inanspruchnahme aller Finanzmittel für den Krieg und seine Folgen) auch nach dem Kriege fortwirken wird, so ist das Ergebnis dieser Uebersicht auch für die Hauptfrage unsers Aufsatzes, die sich auf die Ausblicke nach dem Krieg bezieht, anzumerken.

Wie bereits oben angedeutet, schien es in den ersten Wochen des Krieges, als ob die allgemeine Krise, die Einschränkung des Lebensfusses der besitzenden Klassen und die allgemeine Verwirrung zu einer allgemeinen Verminderung der Arbeitslöhne in der Industrie, ja selbst in der Haushaltsarbeit führen würde.

Jedermann hat von den zahlreichen Beispielen, da eine Fabrikleitung oder eine Hausfrau ihren Beschäftigten die Wahl zwischen Entlassung oder Arbeit zu minderm Lohne liess, gehört; aber die Anpassungsfähigkeit auch an die seltsamsten Daseinsbedingungen, wie sie ja überhaupt eine Grundeigenschaft des Menschen bildet, hat auch die Verwirrung dieser Anfangszeit überwunden. Arbeiter und Arbeiterorganisationen lernten wieder, sich auf ihre eigenen Interessen besinnen; die rückläufige Bewegung der Löhne hat aufgehört und in vielen Kriegsindustrien sogar einer Erhöhung derselben Platz gemacht, eben weil Regierung und Industrie — mit Anleihegeldern und auf Kosten der künftigen Generationen — überhaupt geneigt waren, jedweden wirtschaftlichen Raubbau zu treiben, sofern nur bestimmte Heeresbedürfnisse in möglichst rascher Frist befriedigt werden konnten.

So war es möglich, für die Umwandlung der den normalen Lebensbedürfnissen dienenden Industrie in Kriegswerkstätten hohe Preise und grosse Gewinne zu bieten; so waren die betreffenden Unternehmer in der Lage, die für ihre Betriebe notwendigen gelernten Arbeiter durch Anbot hoher Löhne zu sich heranzuziehen. Die weitgehende Erhöhung der Lebensmittelpreise musste andererseits zu einer allgemeinen Anstrengung für Erhöhung der Geldlöhne, die aber keineswegs auch eine ebenso bedeutende Erhöhung der Reallöhne bedeutete, führen.

*) Reichsarbeitsblatt 1916, 76.

Diese aufsteigende Bewegung bezog sich jedoch nicht auf die organischen Garantien für hygienische Lebenshaltung, sondern nur auf das äusserliche, wandelbare, in manchen Fällen nicht einmal für die Arbeiterschaft günstige Moment der Lohnerhöhung. So wurden zum Beispiel die Löhne ganz jugendlicher Arbeiterkategorien, die mangels erwachsener Arbeiter zu industriellen Arbeiten herangezogen werden mussten, zum Teil so erhöht, dass nach Ansicht der Behörden gesundheitliche und sittliche Gefahren (Trunk, geschlechtliche Ausschweifung u. s. w.) erwachsen und dass der Oberkommandierende in den Marken im Laufe des März 1916 sogar eine eigenartige Verordnung erliess*), derzufolge an jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren nur ein Lohn von 18 Mark pro Woche und das Drittel des darüber hinausgehenden, tatsächlich verdienten Lohnes ausbezahlt werden darf, während der Rest bei einer Sparkasse zu Gunsten des Jugendlichen anzulegen ist. Eine Massregel, die wohl den äussern Schein kühner, sozialer Neuerung trägt, aber unter normalen, vernünftigen Verhältnissen schnell in sich zusammenfallen dürfte.

Diesen Lohnsteigerungen steht aber, wie bereits angedeutet, vielfach eine Beseitigung hygienischer und demokratischer Garantien gegenüber und vor allem in England wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf den nach langem Widerstande erfolgten Verzicht der Gewerkvereine auf viele von ihnen, in langen Friedenskämpfen errungene Rechte gelenkt.

Durch die Heranziehung ungelernter Arbeiter konnte freilich das Ausmass der Produktion gesteigert, durch die Militarisierung wichtiger Fabrikationszweige konnte Ausständen vorgebeugt werden. Durch die Befugnisse des Rüstungsministers zur Festsetzung von Minimallöhnen für ungelernte Arbeiter**) und die Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten mochte sogar wichtigen Fortschritten, die sich bisher am Freiheitsdrang und Klassenkampf-Idealismus der Gewerkvereine zu brechen schienen, eine Gasse gebahnt werden. In dieser Niederbeugung individualistischer Instinkte durch den Massegeist der Zeit mögen vielleicht wirklich die einzigen für die Zukunft verwertbaren, sozialpolitischen Keime der gegenwärtigen Krisenperiode gefunden werden; aber die Schwächung der Gewerkvereine, die Machtverminderung aller demokratischen Organisationen muss doch andererseits als ein sozialpolitischer Rückschritt gebucht werden, freilich als ein Rückschritt, der — wie man annehmen darf — im Wesentlichen auf die Kriegszeit beschränkt bleiben wird. Denn gerade lange Entbehrung pflegt erfahrungsgemäss den Wunsch nach verstärktem Ausgleich wachzurufen und es ist nicht unwahrscheinlich, dass nach Friedensschluss oder doch nach Wiedereinrenkung der normalen Industrieverhältnisse eine Periode verstärkten Klassenkampfes einsetzen mag, ungeachtet all der Hoffnungen auf eine durch die Nationalgedanken der Kriegszeit herbeigeführte „Einigung der Klassen“, die wohl mit dem Zusammenklappen der Kriegsleidenschaften und dem nüchternen Erschauen der schreckhaften Realität ihr Ende finden werden.

Aus den Erfahrungen der Kriegszeit selbst lassen sich also für die Zukunft sowohl positive, wie auch negative Momente für Kampf-

*) Siehe die Berichte in den Berliner Blättern, Mitte März.

**) Zusätze zum englischen Kriegsrüstungsgesetz vom 27. Januar 1916, Abschnitt 7.

stimmung der Arbeiterschaft und sozialpolitische Regsamkeit ableiten. Ein vollständiges Bild, eine klare Erfassung der Ausblicke für die Zeit nach dem Krieg kann nur durch eine Analyse der verschiedenen Einzelfaktoren, die für sozialpolitische Fortschritte in Frage kommen, gewonnen werden. Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen den jetzt schon erfassbaren Folgeerscheinungen des Krieges überhaupt mit jenen Spezialfaktoren wird zu weitergehender Erfassung des Problems führen.

II.

Die wichtigsten Faktoren des Zukunftsproblems liegen wohl:

A. In der Frage nach dem Bedürfnis sozialpolitischer Reform nach dem Kriege.

B. In der allgemeinen Stimmung gegenüber sozialer Hilfstätigkeit, sowie den hierauf bezüglichen politischen Kräfteverhältnissen.

C. Im Ausmass der eventuell hierfür verfügbaren oder aufzubringenden finanziellen Mittel.

Das Bedürfnis nach sozialer Fürsorge richtet sich nach der Zahl der durch Schicksalsumstände oder eigene Schwäche hilfsbedürftigen Existenzen und nach dem Grade ihrer Unterstützungsbedürftigkeit. Nach beiden Richtungen ist es offenbar, dass der Krieg allen den Faktoren, welche schon in der Zeit vor dem Kriege Gefahrmomente in das Leben der arbeitenden Massen getragen haben — der Lösung von der Scholle, die ihnen den Rückhalt an Haus und Familie in den Tagen der Krankheit und des Alters genommen, der Fabrikindustrie mit ihren Möglichkeiten gewerblicher Krankheit, gewerblicher Ueberarbeit und gewerblichen Unfalls, mit ihren Gefahren ungesunder Frauen- und Kinderarbeit — neue umfassende Formen der Hilfsbedürftigkeit zugesellt hat. Mag auch in den meisten Staaten für die aus dem Krieg vollkommen verkrüppelt Heimkehrenden in einer von der allgemeinen sozialpolitischen Betätigungssphäre abgesonderten Weise gesorgt werden und mögen auch alle die pädagogischen Vorkehrungen für Wiedergewinn körperlicher Tüchtigkeit oder für Erlernung neuer Berufe hier ausser Betracht bleiben, so werden doch jedenfalls sehr viele in ihrer Gesundheit geschwächte Personen in die Industrie selbst zurückkehren und doppelter gesetzlicher Fürsorge bedürfen. Auch die Pensionen und die allgemeine Hilfstätigkeit für die Halbinvaliden wird vielleicht in Verbindung mit den verwandten Zweigen der allgemeinen Invalidenversicherung zu bringen sein, jedenfalls wird von Seite dieser Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die allüberall als Ehrenpflicht empfunden wird, starke Anregung für Ausbau auch der Nachbarzweige öffentlicher Fürsorgetätigkeit ausgehen. Auch die Millionen von Kriegerwitwen und Kriegerwaisen werden nur zum kleineren Teil, vermöge der spezifischen Kriegsbeschädigtenfürsorge, dauernd versorgt werden können. Die allgemeine Entwicklung des Krieges, die auf einen unentschiedenen Ausgang hinweist, lässt eine grosse Kriegsentschädigung — gleich derjenigen des Jahres 71, aus der Deutschland seine Invalidenpensionen decken konnte — nicht erwarten. Alle diese Millionen von Frauen und Kindern werden versuchen müssen, sich im Erwerbskampf zu behaupten; sie werden aller sozialhygienischen Schutzvorkehrungen noch in höherem

Grade als die Männer, die vor dem Kriege in den Fabriken gearbeitet hatten und nun durch die feindliche Kugel der produktiven Arbeit entrissen sind, bedürfen.

Scheint so die Bedürfnisfrage klar nach der Richtung eines Ausbaues der Sozialpolitik nach dem Kriege hinzuweisen, so liegt das Problem hinsichtlich der hierfür massgebenden allgemeinen politischen Stimmung viel verwickelter. Gewiss wird man, wie bereits oben angedeutet, lebhafte Impulse, besonders für eine Fürsorge zu Gunsten jener Personenkategorien, die durch den Krieg gelitten haben, empfinden. Andererseits aber wird es in allen kriegführenden Ländern notwendig sein, alle Kräfte anzuspannen, um die Industrie wieder in Gang zu bringen, die zerstörten Städte und Arbeitsstätten wieder aufzurichten, die geleerten Warenvorräte wieder aufzufüllen. Dies wird die Industrietätigkeit — besonders in der ersten Zeit nach Friedensschluss — befeuern, wenn auch später, wenn die Lücken wieder gefüllt sind und speziell in Deutschland, wenn sich der industrielle Boykott in den früher so aufnahmefähigen Feindesländern fühlbar machen sollte, wieder eine Minderung der industriellen Tätigkeit eintreten mag. Das wird jedoch wieder zu verdoppelten Anstrengungen führen, durch billige Preisstellung die noch freien Märkte der neutralen Länder zu gewinnen. In beiden Zeitperioden wird es also für die Industrie notwendig sein, alle Kräfte anzuspannen; da die Verzinsung der Kriegsanleihen überall zu einer Vervielfachung der Steuern führen muss, wird der Arbeitgeber, sogar bei gutem Willen seinerseits, gezwungen sein, auf die Arbeitslöhne zu drücken und sich jeder weitem Belastung durch sozialpolitische Massnahmen, jeder gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit u. s. w. entgegenzustellen. Er wird sagen, ähnlich wie dies während des Krieges selbst speziell auch in England immer wieder gesagt wurde: „Dass das Wohl der Gesamtheit die Anspannung aller Produktivkräfte und den Verzicht auf spezifische, im Schutzinteresse der Arbeiterschaft gelegene Massnahmen erfordere“.

* * *

In wieweit dieser Widerstand nun wirklich durchdringen kann, wird von den Machtverhältnissen abhängen. Die Arbeitermassen, die während des Krieges ihre historischen Ideale geopfert und sich in allen Ländern (ausser in gewissem Grade in Italien und England) ganz in den Dienst der Staatsidee gestellt haben, werden ihre Rechnung präsentieren. Möge man auch da und dort Neigung verspüren, sie nun, da man ihrer nicht mehr bedarf, abzufertigen, es würde sehr schwer fallen, all die feierlichen Versprechungen zu verleugnen. Die Forderungen werden mit unerhörter Leidenschaft hervorbrechen, man wird ihnen entgegenkommen müssen, besonders wenn ein unentschiedener Kriegsausgang ohnehin zur Erbitterung der Volksmassen über die zwecklosen Opfer geführt haben sollte. Als nächstliegend werden wohl politische Konzessionen, die zunächst keine baren Aufwendungen erfordern, wie die demokratische Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts, angeboten werden; dann aber wohl auch Erweiterung der Koalitions-

freiheit, Begünstigung der Gewerkschaften und vielleicht auch staatliche Eingriffe in die Festsetzung der Löhne.

Zu den, von diesen proletarischen Forderungen weniger berührten, weniger befruchteten Gebieten dürfte leider das gewerbliche und allgemeine Schulwesen, dürften alle jene organischen Reformen gehören, die weniger Beziehung zu unmittelbaren Notwendigkeiten besitzen. Im Drange der miteinander kämpfenden Machtpotenzen werden die Interessen der Zukunft, die keine solche Machtvertretung haben, eher vernachlässigt werden.

Ausschlaggebend hierfür werden dann besonders die Finanzprobleme sein. Der Weltkrieg kostet bisher an reinen Staatsausgaben der verschiedenen kriegführenden Mächte schon an 150 Milliarden Franken: wenn man die privatwirtschaftlichen Verluste, die Verwüstung der Kriegsgebiete, die Unterbindung des Ueberseehandels u. s. w., die weniger leicht berechnet werden können, einbezieht, das Doppelte. Kommt es erst, wie alles vermuten lässt, im Spätherbst 1917 zum Waffenstillstand, und im Sommer 1918 zu dem, wirkliche Demobilisierung der Armeen erlaubenden Friedensschlusse, dann werden die direkten Ausgaben von 150 auf 300 Milliarden und die Gesamtausgaben von 300 auf 600 Milliarden gestiegen sein. Die Verzinsung der für die direkten Staatsausgaben aufgenommenen Anleihen würde also 15 Milliarden pro Jahr betragen und der privatwirtschaftliche Verlust die Steuerfähigkeit der Bevölkerung um eine gleiche oder noch grössere Summe schwächen.

An anderer Stelle*) habe ich darzulegen versucht, dass die Aufrichtung einer internationalen Rechtsordnung eine entsprechende Verringerung der alljährlichen Militärausgaben erlauben und damit einen, wenn auch nur teilweisen Ausgleich gegenüber diesen Anleihezinsen bieten würde. Ich gebe mich jedoch keinerlei Illusionen darüber hin, dass eine Annahme dieses Programms durch die kriegführenden Regierungen durchaus unwahrscheinlich ist. Zu den 15 Milliarden alljährlicher Anleihezinsen werden also noch neuerdings 15 Milliarden militärischer Ausgaben treten und das wird die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten auf eine unerhörte Probe stellen.

Die Methoden des jetzigen Augenblicks (stets neue Wechsel auf die Leistung der künftigen Geschlechter und Heranziehung von Kriegsgewinnen für die Kreditbeschaffung des Staates) werden dann naturgemäss nicht mehr für Zwecke der Geldbeschaffung in Frage kommen können. Vielleicht wird man in grosszügiger Weise, durch Errichtung von Staatsmonopolen, durch eine aus dem Zwang der Not geborene, alle Vorurteile brechende staatssozialistische Politik bedeutende Einkommensquellen erschliessen. Trotzdem wird in den ärmeren Ländern das Gespenst des Staatsbankrotts dräuend aufsteigen und in den reichern, zu denen in erster Linie Deutschland, Frankreich und England zu zählen sind, eine Beschneidung aller für Zwecke der Wohlfahrt und Schule, für alle sozialen Aufgaben aufzuwendenden Summen sich als unumgänglich erweisen.

*

*

*

*) Am Schlusse der „Ausgleichsfriedensvorschläge“, die ich in der „Menschheit“ vom 13. März veröffentlichte.

Wir sehen also, dass starke Bedürfnisse nach weitem sozialpolitischen Vorkehrungen und wichtige Stimmungsfaktoren, die zu einer Befriedigung derselben drängen, einer unerbittlichen finanziellen Unmöglichkeit oder doch weitestgehenden Schwierigkeit gegenüberstehen werden, ein Kräfteparallelogramm, dessen tatsächlich Resultierende in jedem Lande, je nach den sekundären, heute noch nicht im Voraus zu berechnenden Faktoren, verschieden ausfallen dürfte.

Eine starke Wahrscheinlichkeit hat jedenfalls die folgende Hypothese: „Bei Abschluss des Krieges weist man die Errichtung eines internationalen Rechtssystems zurück, rüstet für einen möglichen Revanchekrieg und erhöht noch weiter die Militärausgaben. Dies führt zum Bankrott oder doch nahe an denselben und macht die Befriedigung aller sozialpolitischen Wünsche, so heftig sie sich auch äussern mögen, unmöglich.

Gelingt es denselben jedoch, in Verbindung mit der allmählich erwachenden Vernunft, den Widerstand der chauvinistischen Vorurteile und der militärischen Kreise gegen ein internationales Rechtssystem zu brechen, so kann die hieraus erwachsende Verminderung der Rüstungsausgaben ein wenig Geld für sozialpolitische Zwecke frei machen. Führt die gleiche demokratische Richtung zu grosszügiger Verstaatlichungspolitik, so mag dann, nach weitem Jahrzehnten, die Bahn für eine Wiederaufnahme der sozialpolitischen Reformbetätigung vollends frei werden“.

Dies ist aber, das sei nochmals scharf betont, nur eine Hypothese neben vielen andern, die ebensowohl eintreten mögen.

Es ist auch, wenn gleich unwahrscheinlich, so doch denkbar, dass ein einzelner Staat durch kriegerischen Erfolg oder dass alle Staaten durch einen Sieg der Vernunft, der zur sofortigen Errichtung eines internationalen Rechtssystems und Beschränkung der Rüstungen führen würde, zu bessern wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, als sie hier skizziert wurden, dass also doch sofort ein wenig Geld für sozialpolitische Zwecke frei würde. Vielleicht sei es darum gestattet, anzudeuten, welchen speziellen Zwecken der sozialpolitischen Betätigung sich solche Reform am ehesten zuwenden würde.

* * *

Die soziale Versicherung, speziell die Invalidenversicherung, wird, wie bereits oben angedeutet, einem starken Bedürfnis entsprechen und von machtvollen Stimmungen getragen werden. Die Arbeitslosenversicherung dagegen, die unmittelbar vor dem Krieg das aktuellste Problem der Sozialpolitik zu werden begann, wird wohl eher in den Hintergrund treten. Die Ausschaltung eines so grossen Prozentsatzes der männlichen Arbeitskräfte durch Tod auf dem Schlachtfelde oder dauernde Verkrüppelung wird die Nachfrage nach den Ueberlebenden naturgemäss steigern, die Arbeitslosigkeit naturgemäss verringern: Die Freude auch am organischen Aufbau solcher Reformen, die weniger durch den Zwang augenblicklicher Not gefordert werden, dürfte angesichts der Verrohung des allgemeinen Lebens minder stark sein wie vor dem Kriege. Es ist also wohl wahrscheinlich, dass die wenigen verfügbaren Mittel einer Ausgestaltung der Invalidenver-

sicherung zufließen und die Arbeitslosenversicherung zunächst in den Hintergrund tritt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie einer Zeit des Reichtums, der Epoche des durch die technischen Erfindungen auf weite Schichten erstreckten Wohlstandes vor dem Krieg eigen war, dürfte nun in einer Epoche weitverbreiteten Elends ganz zurücktreten. Die Arbeitszeit kann nur verkürzen, wer reich ist, der Arme muss länger sich mühen, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben und eine ohnehin mit schweren Lasten kämpfende Industrie wird sich bis zum äussersten gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit wehren.

Sie wird also wohl nur in solchen Ländern, die durch den Krieg wirtschaftlich weniger gelitten haben, in Frage kommen.

Aehnliche Gründe sprechen auch gegen Ausbreitung der Fabriks- und Wohnungshygiene, aber die Rücksicht auf den Schutz der nun in weitem Ausmass zur Arbeit gezwungenen Frauen und Kinder, die staatspolitischen und militärischen Rücksichten auf Wahrung der Volkskraft werden in dieser Richtung vielleicht doch manche Reform erzwingen. Vor allem dürfte es zu weitgehenden Massregeln gegen den Alkoholismus kommen, einerseits um den Volksorganismus vor dieser Schädigung zu wahren, andererseits um dem geminderten Nationaleinkommen diese Ausgabenkategorie zu ersparen; resp. wird man den Alkoholkonsum zunächst gewiss mit drückenden Steuern belasten und später vielleicht auch aus fiskalischen Gründen zu einem Monopol der minder bedenklichen Getränke und zum Verbot der gefährlichsten (Branntwein und Absinth) übergehen.

Am meisten Aussicht unter den verschiedenen Linien sozialpolitischer Entwicklung hat wohl die Entwicklung der industriellen Schiedsgerichte und der Minimallohngesetzgebung zwecks Verminderung von Streiks und der durch sie bedingten Wertevergeudung. Kein Gesichtspunkt der Staatsfinanzen steht einer solchen Reform im Wege, ja, das Bedürfnis nach Schonung des Nationaleinkommens ruft nach solcher Reform. Die individualistischen Freiheitsgedanken sind durch die Entwicklung kollektiver Interessen- und Gedankengänge im Kriege und durch die von ihm zunächst in seinen eigenen Sphären geschaffenen Vorkehrungen stark geschwächt worden. Man hat sich gewöhnt an staatliche Preisfestsetzung, staatliche Verteilung der Produkte, staatliche Eingriffe jeder Art ins gewerbliche Leben; man wird auch diesem schicksalsvollen Eingriffe nicht mehr jene Vorurteile entgegensetzen, wie sie vor dem Kriege in Mode waren.

Dasselbe gilt von dem, allerdings ausserhalb unseres Themas der Sozialpolitik liegenden Problem der Verstaatlichung der zur Monopolreife gelangten Industrien. Der Staatssozialismus wird gewiss aus dem Kriege stark gestärkt hervorgehen.

Wir sehen also, dass in allen kriegführenden Ländern die Problemstellungen der frühern Zeit sehr stark verschoben erscheinen werden. Neue Impulse auf dem einen Gebiet, Zurückstellung alter Bewegungen auf dem andern. Erfahrungsaustausch und geistige Suggestion werden

diesen Wandel zum Teil auch auf die neutral gebliebenen Länder zurückwirken lassen; nur wird den letztern eben der ungeheure Vorteil ihrer leistungsfähig gebliebenen Finanzwirtschaft zu Gute kommen. Sie werden darum in den wichtigsten sozialpolitischen Reformbewegungen die Führung übernehmen können, sie werden vor allem noch Geld und Interesse für Kulturpolitik, für Menschheits- und Zukunftswerte übrig haben; sie werden in sozialer und kultureller Beziehung einen höhern Vollkommenheitsgrad erreichen als die Länder, die sich durch den Kriegeausch erschöpft haben.

Soll man dies als weltgeschichtliche Gerechtigkeit, als Beziehung von Schuld und Sühne ansprechen? Vielleicht ginge dies zu weit, da eben weniger subjektive Schuld des Einzelnen und der Massen als die geschichtlich gewordene und infolge mangelnder soziologischer Einsicht bewahrte Unzulänglichkeit der zwischenstaatlichen Organisation zum Krieg geführt hat. Jedenfalls wird jedoch diese Kulturtätigkeit in den neutralen Ländern den andern wertvollen Anschauungsunterricht dafür liefern, wieviel besser Friede und Arbeit den Völkern, ihrer Kultur, ihrem Wohlstand und ihrem Fortschritt dienen, als Kriege und alle die andern Tugenden vergangener Zeit, die eben heute sich nicht mehr in den Mechanismus der Völkergeschicke entsprechend einfügen wollen.

Die von Norman Angell so scharfsinnig vertretene und doch so unzureichend beachtete Wahrheit „dass der Krieg ein schlechtes Geschäft ist“ wird von jedermann, vor allem auch von den auf Sozialpolitik angewiesenen Arbeitermassen im Lichte der tatsächlichen Entwicklung begriffen werden. Alle die verderblichen Träume von einer Förderung auch der Arbeiterinteressen durch imperialistische Machtpolitik werden durch den harten Griff der Tatsachen zerflattern.

Die Untersuchung dieser sozialpolitischen Zukunftsmöglichkeiten ist darum wichtig auch für die Erfassung allgemeiner Probleme europäischer Zukunft. Sie sollte und sie wird gewiss, je näher der Krieg endlich seinem Ende zutreibt, der bisherigen Vernachlässigung entrückt und an Hand von Einzeluntersuchungen, die heute noch als Grundlagen allgemeiner Betrachtung fehlen, stets eingehender gepflegt werden.



ED. BERNSTEIN, MITGLIED DES DEUTSCHEN REICHSTAGS, BERLIN: HANDELSPOLITIK UND VÖLKERBEZIEHUNGEN.



ENN Kinder im Streit auseinandergehen, so wird man regelmässig das Eine dem Andern zurufen hören: „Ich spiele nie wieder mit dir“. Kein Erwachsener nimmt die Ankündigung ernst, jeder weiss, dass die Kleinen schon den nächsten Tag wieder vergnügt miteinander spielen werden. Drohungen ähnlicher Art werden heute zwischen den grossen Nationen ausgetauscht, die den mörderischsten Krieg mit einander führen, den die Weltgeschichte

je zu verzeichnen gehabt hat. Nur dass es sich nicht um zukünftiges Spielen, sondern um zukünftiges Austauschen von Gütern handelt. Je mehr durch die zunehmend brutaler werdende Art der Kriegsführung die Gemüter gegenseitig verbittert werden, um so lauter werden die Stimmen und um so stärker mehren sie sich, die in dem einen Land oder Bund den zukünftigen Ausschluss des andern von den eigenen Märkten predigen.

Wie viel Verwirklichung haben diese Ankündigungen zu erwarten? Selbstverständlich sind sie, wie der Krieg selbst wahrlich kein Kinderspiel ist, auch ganz anders zu bewerten, als die Drohungen der Kleinen, so sehr sie in ihrem Antrieb jenen seelisch verwandt sind. Zeigen doch auch sie, wie sehr der Krieg im Menschen primitive Instinkte die Oberhand gewinnen lässt, sind sie Zeugen dafür, dass der Krieg schon in sich Reaktion im schlimmen Sinne dieses Wortes ist: dass er Rückfall im Denken und Urteilen auf die roheren Methoden früherer Entwicklungszustände hervorruft. Aber in welchem Masse sind sie Vorboten einer kommenden Reaktion in den Dingen?

Es ist das eine sehr ernste Frage. Steht sie doch mit der Frage des ganzen künftigen Zusammenlebens der Völker Europas im engsten Zusammenhang, wenn nicht in ihrem Mittelpunkt. Denn der Umfang des Handels, den die Völker miteinander treiben, bestimmt in unserem Zeitalter im letzten Grunde auch die Stärke ihrer sonstigen gegenseitigen Beziehungen. Handelspolitische Konflikte haben wiederholt die ganzen politischen und damit auch die im höheren Sinne des Wortes kulturellen Beziehungen von Nationen auf das schädlichste beeinflusst. Es sei nur an die Rückwirkungen erinnert, die in dieser Hinsicht der franko-italienische Zollkrieg seinerzeit auf das Verhältnis der beiden lateinischen Nationen zu einander ausgeübt hat. Wie viel hat die Handelspolitik Oesterreich-Ungarns Serbien gegenüber dazu beigetragen, zwischen der Doppelmonarchie und ihrem kleineren Nachbar eine Stimmung herbeizuführen, die, wenn nicht den letzten Grund, so doch den Anlass zur fürchterlichen Katastrophe geliefert hat, die im gegenwärtigen Moment über Europa wütet. Wenn es grundverfehlt ist, die nationalen Gegensätze ausschliesslich auf ökonomische Ursachen und Antriebe zurückzuführen, wenn Machtfragen, die mit den ökonomischen Gegensätzen einen nur sehr indirekten Zusammenhang haben, Herrschaft, Streit von Kirchen, verletztes Rechtsempfinden Nation gegen Nation aufstacheln und in den Krieg treiben können, so bleibt es darum doch Tatsache, dass wirkliche oder in den Vorstellungen der Völker für wirklich gehaltene Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsinteressen sich fast regelmässig in politische Voreingenommenheit und je nach dem in Hass übersetzt.

Damit hängt es zusammen, dass in allen Ländern die Parteien des Schutzzolls das Gros der Betreiber der Kriegsrüstungen gestellt haben. In vielen Fällen bestand da eine Identität materieller Interessen: die schutzzöllnerischen Montanindustriellen waren zugleich geschäftlich am Fortgang der Rüstungen interessiert. Interessenten der Agrarzölle stellen in bestimmten Ländern die Mehrzahl der an fortgesetzter Steigerung der Heeresmacht interessierten Militärs. Bedeutungsvoll und von grossem Einfluss auf das Urteil der an Krieg und Rüstungen materiell uninteressierten Kreise ist aber auch die nahe Verwandtschaft

der Ideologien von Krieg und Schutzzoll. Wo er nicht mehr lediglich das Mittel ist, lokale Schranken des Verkehrs durch Festsetzung einzig an den Landesgrenzen zu erhebender Zollgebühren beseitigen zu können und nur für die Erziehung erst im Werden begriffener Industrien bestimmt ist, ist der Schutzzoll von dem Gedanken einer dauernden Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsinteressen der Nationen eingegeben. Die schutzzöllnerische Literatur der Gegenwart ist überall nationalistische Kampfliteratur, sie übertreibt die Gegensätze der Interessen der Nationen und setzt die zwischen ihnen bestehende Interessengemeinschaft herab, wenn sie sie nicht kurzweg verschweigt. Sie behandelt die Länder wie private Konkurrenten, wo des einen Gewinn des andern Verlust, latente Feindschaft das naturgemässe Verhältnis ist. Die Schutzzollpolitik hat den Zollkrieg im Hintergrunde, und der Zollkrieg kann stets in den allgemeinen Krieg umschlagen. Der Hinweis der schutzzöllnerischen Presse auf die Konflikte, welche die bevorstehende Notwendigkeit der Erneuerung der Handelsverträge im Schosse trage, hat in Deutschland sehr viel geholfen, jene gespannte Stimmung zu erzeugen, wie die Kriegstreiber im Sommer 1914 sie brauchten. Bis in die sozialistische Bewegung hinein lässt sich diese Seelenverwandtschaft verfolgen. Um nur von Deutschland zu reden, so sehen wir dieselbe sozialistische Monatsschrift Deutschlands, in der Jahre vor dem Krieg systematisch für die Schutzzollpolitik Stimmung gemacht wurde, heute nach Ausbruch des Weltkriegs mit dessen geschworenen Anwälten wetteifern. Und wie die Schutzzöllnerie für den Krieg, arbeitet der Krieg für die Schutzzöllnerie. Politiker, die vor dem Krieg die letztere noch energisch bekämpften, fangen an, seit sie in Bezug auf den Krieg umgelernt haben, auch handelspolitisch umzulernen und sich zum Einschwenken ins schutzzöllnerische Lager vorzubereiten. Soviel hierüber.

Wenden wir uns nun der politischen Tendenz des Freihandels zu, so ist dessen enge Verbindung mit der Friedensbewegung zu bekannt, als dass man sich noch bei ihr sollte aufhalten müssen. Indes sind hierüber so viele schiefe Urteile im Umlauf, dass einige Feststellungen hinsichtlich des wirklichen Verhältnisses unumgänglich erscheinen.

Man weist nämlich gern auf die Tatsache hin, dass gerade das Freihandelsland England mehr Kriege geführt habe, als Länder, die den Freihandel nicht akzeptiert haben. Und wenn man selbst nicht so weit geht, hierfür einen ursächlichen Zusammenhang zu konstruieren und den Freihandel für jene Kriege verantwortlich zu machen, benutzt man den Umstand doch als Mittel, die Unfähigkeit des Freihandels hinsichtlich der Beseitigung der Kriege zu deduzieren. Indes ist diese Argumentierung nicht beweiskräftiger als die berühmte Widerlegung der Heilkraft einer Kurmethode gegen Brustleiden mit der Feststellung der Tatsache, dass ein Jüngling, der sie gebraucht habe, hinterher beim Examen durchgefallen sei.

Zunächst sind die Kriege, die England geführt hat, seit es in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Freihandel überging, nicht Ausflüsse seiner Handelspolitik, sondern Ausflüsse einer Kolonial- und Weltpolitik gewesen, die von der Partei des Freihandels stets bekämpft wurde. Der einzige europäische Krieg, den England von jener Zeit ab bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges geführt hat, der Krimkrieg gegen Russland, hatte die grossen Anwälte des Freihandels, die Bright, Cobden

und deren Gesinnungsfreunde zu seinen entschiedensten Gegnern; diese Leute setzten lieber ihre ganze Popularität auf's Spiel und gaben ihre Parlamentsmandate preis, als dass sie auch nur einen Penny für jenen Krieg bewilligt hätten. Es ist natürlich zwischen Freihändlern aus Ueberzeugung und Freihändlern aus blosser zeitweiliger Zweckmässigkeit zu unterscheiden. Der Sieg des Freihandels in England war um die Mitte des 19. Jahrhunderts dadurch herbeigeführt worden, dass Robert Peel und sein Anhang, nachdem sie im Jahre 1846 zunächst aus Gründen der Zweckmässigkeit der Abschaffung der Kornzölle zugestimmt hatten, alsdann durch das Gesetz der Konsequenzen zu weiteren Zugeständnissen an die Freihandelsdoktrin genötigt wurden, ohne darum schon diese selbst in ihrer vollen Tragweite zu akzeptieren. Auch war das England, das damals in den Freihandel eintrat, behaftet mit dem Erbe einer Epoche merkantilistischer Handels- und Kolonialpolitik, und die Liquidation dieses Erbes war keine sehr einfache und in einem Tage zu erledigende Sache. So ist es denn kein Wunder, dass die Praxis des Freihandels auf ökonomischem Gebiet nicht sofort eine in jeder Hinsicht konsequente politische Ergänzung nach sich zog. Sie konnte das um so weniger, als der einzelne Staat den neben ihm bestehenden Staaten nicht freier gegenübersteht, als wie der einzelne Mensch den Menschen seiner Umwelt: beide können sich in ihrem Verhalten immer nur in bestimmten Beziehungen über die andern erheben. Bei alledem bleibt der Krimkrieg, der doch alles mögliche, nur nicht ein von handelspolitischen Erwägungen diktiert Krieg war, bis 1914 der einzige Krieg Englands gegen ein europäisches Staatswesen. Höchstens dass man noch den Burenkrieg heranziehen könnte, der, wenn er auch gegen kein europäisches Staatswesen ging, doch ein Volk europäischer Abstammung betraf. Aber für diesen Krieg war auf englischer Seite ein Politiker verantwortlich, Joseph Chamberlain, der schon die Abkehr vom Freihandel repräsentierte, wie jener Krieg denn überhaupt in eine Periode erstarkter Schutzzöllnerie entfällt. Als in England im Jahre 1906 die Partei des schutzzöllnerischen Imperialismus geschlagen wurde, machte die an die Herrschaft gelangte Freihandelspartei das den Buren zugefügte Unrecht wieder gut und gab ihnen die vollen Rechte einer sich selbst regierenden Nation zurück. Mit welcher Wirkung für Englands Stellung in Südafrika, hat die neueste Zeit gezeigt.

Der Freihandel als Träger einer politischen Tendenz darf sich getrost der Prüfung des „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ unterwerfen, sobald diese Prüfung nur mit Vernunft vorgenommen wird. Das heisst, man muss bei ihr zwischen der Betätigung der Tendenz und deren praktischen Erfolgen unterscheiden und bei Abschätzung der letzteren die Stärke der zu überwindenden Gegenkräfte gebührend in Berechnung stellen. Der Freihandel ist keine Zauberformel, die verrammelte Eisentüren mit einem Schlage aufspringen macht. Er ist eine soziale Kraft, die durch das Beispiel und die Beharrlichkeit wirkt, mit der sie in Anwendung gebracht wird.

Die grosse Politik eines Landes wird durch das Spiel einer ganzen Reihe von Kräften bestimmt, deren gegenseitiges Stärkeverhältnis mit der Macht verschiedener Gesellschaftsklassen und unter dem Einfluss äusserer Umstände wechselt. Man kann also nicht eine einzelne Kraft für ihre Wandlungen verantwortlich machen. Was man aber in Bezug

auf jede einzelne Kraft tun kann und als Politiker auch soll, ist, ihr besonderes Walten und Wirken in diesem Spiel der Kräfte zu verfolgen. Das ist in Bezug auf den Freihandel als politische Kraft nur möglich durch ein Studium der Geschichte der Parteien des Freihandels. Sie aber zeigt uns diese Parteien überall als die Parteien des Friedens, und zwar als um so energischere und konsequentere Verfechter der Friedenspolitik, mit je grösserer Festigkeit und folgerichtiger Anwendung sie die Politik des Freihandels hochhielten. Eine Parallelität, die nur die natürliche Folge des Umstandes ist, dass dem Freihandel die Friedenspolitik als notwendige Tendenz innewohnt. Wer die Zollschränken zwischen den Nationen niederreißen will, muss auch Ungleichheiten im Recht der Staaten und Völker bekämpfen, die zu Kriegen Anlass geben und sie für den Sieger vorteilhaft gestalten. Wo keine Zollschränken sind, verliert das Streben nach Angliederung fremder Landesteile seine Zugkraft im Volke, es sei denn, dass es sich dabei um die Befreiung unterdrückter Volksgenossen handelt.

In seiner berühmten Rede über den Freihandel, gehalten am 9. Januar 1849 in Brüssel, zitiert Karl Marx spöttisch den Ausruf eines englischen Freihändlers: „Der Freihandel ist Jesus Christus — Jesus Christus ist der Freihandel“. Das Uebertriebene dieses Ausrufes liegt auf der Hand, aber ein Stück Wahrheit steckte doch in ihm. Den Leuten, denen der Freihandel mehr war, als ein zeitweiliges Interesse englischer Fabrikanten, denen er ein dauerndes Prinzip der Völkerpolitik war, schwebte als durch ihn zu verwirklichendes Ideal ein Zustand harmonischer Beziehungen zwischen den Nationen vor, und dieses Ideal entsprach der Religion des „Gehet hin in alle Länder und prediget das Evangelium“. Nur reichte der Freihandel, da er den grossen Klassengegensatz zwischen den besitzenden Klassen und dem modernen Proletariat unberührt liess, allein nicht aus, die Völkerharmonie herzustellen, und das zeigt Marx in jener Rede auf das Schlagendste. Sonst aber beurteilt diese Rede die Freihandelsbewegung zu stark im Lichte des Tages als Interessenbewegung von Fabrikanten und deren Anhang, um in allen ihren Feststellungen auch heute noch massgebend sein zu können. Als Friedrich Engels sie im Jahre 1884 von neuem auf den Markt brachte, bemerkte er denn auch wohlüberlegt im Vorwort von ihr, sie gehöre „derselben Entwicklungsstufe des Verfassers an, wie dessen *Misère de la Philosophie*“. Eine deutliche Anzeige, dass sie nicht als dessen letztes Wort über den Gegenstand zu betrachten sei.

Wenn die Freihandelsbewegung im England der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend von Fabrikanten und Grosshändlern geleitet wurde und die meisten ihrer tonangebenden Vertreter zugleich Anwälte der Lehre vom sozialpolitischen Gehenlassen waren, so konnte dieses zeitweilige Zusammentreffen sie damals als eine Angelegenheit erscheinen lassen, die im wesentlichen bloss die Bourgeoisie angehe. Daran ist aber nur soviel richtig, dass der Freihandel kein spezielles Interesse der Arbeiterklasse ist. Er ist überhaupt nicht das Interesse einer einzelnen Gesellschaftsklasse, er kann nur zeitweilig als wirtschaftspolitische Massnahme mehr im Interesse einzelner Klassen liegen als in dem anderer, das Sonderinteresse bestimmter Klassen verletzen und für bestimmte Klassen gleichgültig sein. Aber er ist eben nicht lediglich wirtschaftspolitische Massregel. Er ist eine Richtschnur der Völker-

politik und greift als solche weit über das Interesse einzelner Klassen hinaus. Er zielt darauf ab, die Handelsbeziehungen zwischen den Nationen beständig zu mehren, immer engere Verbindungen zwischen Volk und Volk sich entwickeln zu lassen, die internationale Arbeitsteilung immer organischer zu gestalten, und durch alles das ist er mit Notwendigkeit Friedenspolitik. Diesem inneren Zusammenhang ist es auch zuzuschreiben, dass die Friedensbewegung in Bezug auf die Zahl ihrer Anhänger und die Kraft in der Geltendmachung ihrer Ideen bürgerlicherseits in keinem Lande so starke Vertretung gefunden hat wie in England, das zuerst den Freihandel bei sich durchgeführt hat. Diejenigen Parlamentarier des heutigen England, die noch im gegenwärtigen Krieg mit einer auf dem Festland unbekannten Unerschrockenheit die Sprache des Friedens sprechen, die W. P. Byles, Leonard Courtney (jetzt Lord Courtney) Robert Reid (jetzt Lord Loreburn) usw. sind hervorragende Wortführer der englischen Freihandelspartei.

Es möchte als ein innerer Widerspruch erscheinen, dass es in England, das doch seit sechs Jahrzehnten den Freihandel hat, in neuerer Zeit überhaupt noch einer Freihandelspartei bedurft haben soll. Indes hat dort zu verschiedenen Zeiten eine Gegenbewegung unter den verschiedensten Formen ihr Haupt erhoben, gegen die der Freihandel verteidigt werden musste. So machte sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Rückwirkung der Erhöhung der Schutzzölle der Vereinigten Staaten und verschiedener Festlandsstaaten Europas, sowie des grossen Geschäftsdrucks, der damals auf England lastete, in der Form der Bewegung für „Fair Trade“ (wörtlich: gerechter Handel) eine verschämte Schutzzollbewegung ziemlich stark bemerkbar. In jener Zeit — 1887 — soll, wie selbst als ernsthaft gelten wollende deutsche Schriftsteller einer dem andern, als den englischen Geist kennzeichnend nachschreiben, in der konservativen Saturday Review der Satz gestanden haben, es sei „eine unbestrittene Wahrheit, dass, wenn Deutschland nicht existierte, jeder Engländer um so und soviel reicher wäre“. Die „Saturday Review“, die zu Zeiten Disraeli-Beaconsfields einmal politische Bedeutung hatte, hat diese längst eingebüsst. Sie war aber immerhin 1887 noch ein Blatt, das nicht von Idioten redigiert wurde und es ist daher mehr wie zweifelhaft, ob der Satz wirklich dort als redaktionelle Aeusserung gestanden hat oder nicht bloss einer Einsendung entnommen ist, denen die englischen politischen Wochenschriften ziemlich weitherzig ihre Spalten öffnen. Er konnte jedenfalls nur dem Hirn eines Menschen entstammen, dem die recht wilden Arbeitslosendemonstrationen von 1887 auf Trafalgar Square, bei denen wiederholt Läden demoliert wurden und schliesslich es auch zu Plünderungen kam, den Verstand geraubt hatte. Jedenfalls fiel die Fair Trade Bewegung ins Wasser, und es trat nach einer mehrjährigen Pause die Bewegung für einen britischen Reichszoll-Verband an ihre Stelle, auch wieder eine verschämte Schutzzollbewegung, denn zu einem Zollverband mit seinen autonomen Kolonien konnte England nur kommen, wenn es sich entschloss, selbst bei sich Schutzzölle einzuführen. Die Agitation für sie ward aber mit einem Aufwand von so grossen Mitteln geführt, mit Flugschriften von so packender Dialektik, dass der Sieg der politischen Koalition, welche für sie eintrat, nicht ausser dem Bereich der Möglichkeit lag. Indes erlitt diese Koalition bei den Wahlen des

Jahres 1906 dadurch eine vernichtende Niederlage, dass die organisierte Arbeiterschaft Englands einmütig gegen sie Stellung nahm. Die liberale Partei, die das Festhalten am Freihandel auf ihre Fahne geschrieben hatte, kam mit erdrückender Mehrheit aufs Neue zur Herrschaft, und eine der ersten Massnahmen des neuen Kabinetts Campbell-Bannerman war bekanntlich die Ermässigung des Flottenbudgets um gegen 2 Millionen Pfund Sterling, womit man hoffte, eine Aera der Einschränkung des Wettrüstens einleiten zu können. Obwohl diese Wirkung nicht erzielt wurde, führte die liberale Regierung einige Jahre später unter grossen Kämpfen mit dem Widerstand des Hauses der Lords die Steuerreform Lloyd Georges durch, die u. a. den Zweck verfolgte, dem Schutzzoll ein für allemal die Tür zu verschliessen. Eine tragische Ironie des Schicksals hat es aber gewollt, dass unter eben dieser Regierung England im August 1914 in den vom schutzzöllnerischen Festland entfesselten Weltkrieg eintrat, der in seinem Verlauf zu einer so hochgradigen Verbitterung der beiden Lager geführt hat, dass er sich jetzt wirklich als Nährvater des Schutzzolls zu bekräftigen droht.

In beiden Lagern trifft man ernsthaft Vorbereitungen, dem Krieg mit den Waffen, der ja in Jahr und Tag sein Ende nehmen muss, den ins unbestimmte auszudehnenden Zollkrieg folgen zu lassen. Während in Deutschland und Oesterreich Konferenzen über Konferenzen stattfinden, um eine mitteleuropäische Zollunion zustande zu bringen, der sich Bulgarien und die Türkei anzuschliessen hätten, sind die Mächte des sogenannten Vierverbandes daran, eine Abmachung zu treffen — und werden sie vielleicht, wenn dies im Druck erscheint, schon getroffen haben — wodurch jede einzelne von ihnen sich verpflichtet, nicht ohne vorherige Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit den Zentralmächten abzuschliessen. Da zwei Mächte der ersteren Gruppe — Russland und Frankreich — entschieden schutzzöllnerisch sind, würde dies schon England auf die Bahn des Schutzzolls drängen. Aber in England selbst ist die Bewegung für den Schutzzoll ungemein erstarkt. Nicht ökonomischer Erwägungen halber, sondern, muss man in diesem Fall sagen, im Widerspruch mit aller vernünftigen ökonomischen Erwägung. Nicht die Konkurrenznot ist diesmal die treibende Kraft, denn Englands Ausfuhr hatte in dem letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges einen glänzenden Aufschwung genommen, sondern die Leidenschaft, der in den Gemütern Ueberzeugung gewordene Gedanke, dass selbst nach Beendigung des Krieges auf Jahre hinaus ein freundschaftlicher Warenaustausch namentlich mit Deutschland unmöglich sein werde. Daher steht im Vordergrund der Bewegung das Bestreben, in Bezug auf gewisse Artikel, für die Deutschland bisher Dank dem hohen Entwicklungsstande der betreffenden Industrie eine Art Monopol hatte, sich von ihm um jeden Preis unabhängig zu machen. Daher auch die ernsthafte Erwägung des Plans, über bestimmte Waren deutschen Ursprungs auch nach dem Kriege ein direktes Einfuhrverbot zu verhängen.

Es überschreitet den Rahmen dieses Artikels, die ökonomischen Rückwirkungen zu erörtern, welche die Verwirklichung dieser und ähnlicher Pläne zur Folge haben würde. Wir haben es hier nur mit ihren Rückwirkungen auf die politischen und allgemein kulturellen Beziehungen der Völker zu tun. Dass sie in dieser Hinsicht nur ausserordentlich

verderblich sein können, steht ausser Zweifel. Sie würden den moralischen Heilungsprozess, der nach Beendigung des Krieges einzusetzen hätte, unendlich erschweren und verzögern. Sie würden die Verlängerung des Krieges in latenter Form bedeuten, in weiten Kreisen als das Uebergangsstadium zu irgend einem neuen Krieg aufgefasst werden und in jeder Gruppe das Werk der Vergiftung der Seelen in Bezug auf die Völker der andern Koalition fortsetzen. Sie würden selbst der Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs der Vertreter der Wissenschaften, Künste und Literatur, der bis zum Ausbruch des Krieges eine so hohe Blüte erreicht hatte, Hemmungen aller Art in den Weg legen. Sie würden Gegensätzen neues Leben einhauchen, die vor dem Krieg teils aus der Welt verschwunden, teils zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren.

Alle diejenigen, die in der Intimität des Völkerverkehrs einen der wichtigsten Hebel des Kulturfortschritts erblicken, müssen daher gegen die vorbezeichneten Pläne ihre warnende Stimme erheben. Sie dürfen sich nicht durch gleissnerische Schilderungen der Vorteile täuschen lassen, welche jene Pläne angeblich im Gefolge haben sollen, und müssen die ihnen zugängigen Kreise darüber belehren, dass solche Vorteile bestenfalls einer kleinen Minderheit günstig situierter Klassen erwachsen könnten, während dagegen die Volksmehrheit hüben und drüben von ihnen nur materielle und kulturelle Schädigungen zu gewärtigen hätte.

Es darf keine Zeit verloren werden, eine Gegenbewegung gegen jene Pläne ins Leben zu rufen, es ist aber auch noch nicht zu spät dazu. Denn alle die Beschlüsse, die jetzt zu ihren Gunsten gefasst werden, haben schliesslich nur provisorische Bedeutung. Das entscheidende letzte Wort wird erst bei den Friedensverhandlungen gesprochen werden. So bedauerlich es unter allen andern Gesichtspunkten ist, dass diese noch auf sich warten lassen werden, so ist es für die vorliegende Frage ein Vorteil, wenn noch Zeit zur Aufklärung der Geister über ihre Tragweite verbleibt.

Möge diese Zeit gut ausgenutzt werden, und möge namentlich auf jeder Seite dem eigenen Volk eingeprägt werden, dass ein Abweichen der einen Gruppe vom Prinzip des gleichen Austausches unter den Nationen stets unvermeidlich ein entsprechendes Abweichen der andern Gruppe nach sich zieht, dass die Handelspolitik heute auf eine lange Zeit hinaus von fundamentaler Bedeutung ist für die ganzen Beziehungen der Völker zu einander.



DR. A. SCHWADRON, WIEN: ETWAS ZUM THEMA: DER PAZIFISMUS UND DIE NATIONALEN FRAGEN.



UNTER den vielen Ursachen, Gründen und Vorwänden dieses Krieges bildet das nationale Motiv eine Dominante: die gross-serbischen Aspirationen, das Streben zur Befreiung der Ruthenen Galiziens seitens Russlands, „der schmachtenden italienischen Brüder“ seitens Italiens und der Elsässer Konnationalen

seitens Frankreichs, dann der Kampf „für die Freiheit der kleinen Nationen“ — wie Grey und Briand sagen — einerseits und die Streben zur Befreiung der Ukrainer, der Polen, der baltischen Deutschen und der Bulgaren Mazedoniens andererseits. Zu der alten Devise der „nationalen Ehre“ treten in den letzten hundert Jahren immer dringender besondere Formen der Forderung nach „nationaler Befreiung“ oder „nationaler Vervollständigung“ hinzu, je nachdem die bezügliche Nation einen nationalen Staat noch nicht oder schon besitzt. Nach innen wieder werden in den nicht mononationalen Staaten die Reibungen zwischen den Nationen desselben Staates, besonders dort, wo sie nicht territorial geschieden wohnen, im Laufe der Entwicklung umso stärker, als oftmals die nationale Verschiedenheit auch einen besonderen wirtschaftlichen und darum geistig-gesellschaftlichen Typus oder Stand darstellt. Da geht naturgemäss das Streben der früher weniger entwickelten Nation dahin, nach und nach die besseren Gesellschaftspositionen einzunehmen, die die andere inne hat. Diese innere Reibung erzeugt nun bei den davon härter Betroffenen zentrifugale Streben, und, wo schon ein Staatsgebilde derselben Nation besteht, einen Irredentismus in verschiedenen Formen. Das greift aber schon in das zwischenstaatliche Verhältnis zum Nachbarlande hinein und schürt das Feuer des Hasses und der Feindseligkeit immer aufs neue.

Dazu wird in diesem Verhältnis die kriegserregende Wirkung der nationalen Frage dadurch noch vergrößert und ihre Lösung komplizierter, dass diese Frage oft mit einem anderen „bellophoren“ Moment, dem der „natürlichen Grenzen“ eng verschlungen ist. Die Gebiete nämlich, die von dem einen Staate als natürliche Grenzen angeblich unbedingt gefordert und festgehalten werden müssen, sind oft gerade von Volksteilen bewohnt, die der Nachbarstaat kraft des Prinzips der „nationalen Vervollständigung“ für sich mit Recht in Anspruch nehmen zu müssen glaubt.

Also wird das Ganze zum gordischen Knoten. „Er werde mit dem Schwerte durchhaut!“ — sagt der Anhänger des Krieges.

Und der Pazifist?

Ich glaube, dass ein dem Pazifismus Abseitsstehender, bisher den Eindruck gewinnen (und ihn als Vorwurf verwenden) konnte: die Friedensbewegung sei zu sehr doktrinär und zu wenig prinzipiell-realer Richtung; sie sei mehr diplomatisch als volkspolitisch orientiert, das heisst, sie suche mehr zu beruhigen, als zu befriedigen, mehr zu vermitteln als auszugleichen. Daher beziehe sich ihre Aufklärungsarbeit vornehmlich auf die Notwendigkeit internationaler Zusammenhänge, gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Wertschätzung der Nationen; sie vernachlässige aber im unmittelbaren Sinne die Propaganda zur Vorbereitung und Verbreitung der Idee von der realen Möglichkeit der friedlichen Lösung der verschiedenen Knotenfragen. Die internationale Anarchie ist für die Pazifisten — nimmt der Aussenstehende an — etwas primär Gegebenes; dagegen erscheint sie anderen als eine Folge des Gegeneinanderwirkens primärer, verschiedenartiger Kräfte, welche letztere die eigentlich krieggebärenden Ursachen sind. Diese primären Knoten müssten erst gelöst werden und die Propagierung der Verständigung an sich kann also — glauben jene — nur in geringem Masse wirksam sein, so lange nicht die Ansicht allgemein ein-

leuchtend gemacht wird, dass die Grundlagen der Verständigung zu mindest in Prinzip gegeben sind.

Dabei nimmt in diesen Betracht die nationale Frage eine besondere Stellung ein, denn man wird unschwer einsehen, dass in Wirtschafts- und Territorialfragen Kompensationen und Aequivalenté leicht zu finden sind — wie aber in Sachen des Nationalen im engeren Sinne? Und wie soll die Verständigung zwischen den Staaten durchgeführt werden, wenn diesen Staaten die zum „Gegenstaat“ strebenden fremden Volksteile als Objekt und Erreger zugleich des Konfliktes, z. B. als Irredentisten, immanent sind! Es liegt aber zweifelsohne für lange noch in der Richtung der Entwicklung — die in einem gewissen Sinne immer mit Differenzierung verbunden ist — dass die Nationen und Natiönnen, deren Volk-Sein mit staatlichen oder auch nur provinziell-autonomen Gebilden nicht zusammenfällt oder noch nicht zur Gänze zusammenfällt, immer mehr ihre geistigen und materiellen Kräfte organisieren, und was noch entscheidender ist, sich immer mehr als ein lebendiger Organismus fühlen. Auch derjenige, der nicht wie Jaurès, Sombart, Pernerstorfer u. a. die nationale Differenzierung als ein Glück für die Entwicklung und Erhöhung der Menschheit ansieht, auch der muss zugeben, dass es für die Friedenspropaganda sehr hemmend wäre, wenn sie sich diesen Strebungen prinzipiell feindlich entgegenstellte. Im Gegenteil, es könnte die gewaltige motorische Kraft, die in den gegenwärtigen nationalen Bestrebungen liegt, die Friedensbewegung ein gut Stück weiter vortragen, gelänge es letzterer irgendwie, sich jene Kraft auf irgend eine Weise nutzbar zu machen. Auch der internationale Sozialismus, in dem man — trotz mancher seiner Entgleisungen in diesem Kriege — in einem gewissen Sinne eine pazifistische Strebung erblicken kann, ist, abgesehen von einigen Ausnahmen, vom Anationalismus Karl Marx' ganz abgerückt, der für die „Völker-ruinen“ gänzliche „Vertilgung oder Entnationalisierung“ wünschte. Die österreichische Sozialdemokratie z. B. fordert programmatisch die Autonomie der Nationen und die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärte beim Kriegsausbruch am 4. August 1914, dass „jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit hat.“ Der Pazifismus aber wird von vielen national-dynamisch Orientierten als ein absolutes status-quo-Prinzip angesehen, und sie können diese Statik nicht akzeptieren.

Natürlich kann die pazifistische Theorie nicht auf die Erörterung der nationalen Spezial-Streitfälle eingehen, wie sie es ja auch in den speziellen Wirtschafts- und Territorialfragen nicht tun kann. Aber es ist beachtenswert, dass von den drei realen Hauptsubstraten zwischenstaatlicher Differenzen: Wirtschaft, Territorium und Nation, die ersten zwei sehr viel, das dritte aber recht wenig vom pazifistischen Standpunkt behandelt wird.

*

Vielleicht ist jedoch der Einsicht von der Möglichkeit einer prinzipiell-theoretischen Lösung durch den Hinweis gedient, dass in manchen Fällen zumindest durch einen vereinbarten und systematisch organisierten Bevölkerungsaustausch oder -Ueberführung die Lösung der Verknotung: „Nationalität — Staat — Natürliche Grenze“ ohne durchhauendes Schwert versucht werden könnte. Zuerst vielleicht

dort, wo, wie z. B. am Balkan wechselseitig fremdnationale Volksteile hüben und drüben vermischt oder versprengt sind. Es ist nämlich schon der gedankliche Versuch gemacht worden, eine der schwierigsten und kompliziertesten Fragen auf diese Weise zu lösen. Ich meine die bekannte Schrift Dr. Theodor Herzls: „Der Judenstaat“, Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage (1896) — ohne hier auf den Wert oder Unwert der in dieser Schrift bezüglich der Judenfrage selbst vertretenen Ansichten einzugehen. Für unseren Zweck genügt es, daran zu erinnern, dass Bertha v. Suttner, Henri Dumont u. v. a. hervorragende Pazifisten im Prinzipie zumindest den Ideen jenes Versuches, wenigstens auf die in abnormalen Verhältnissen lebenden Ostjuden angewendet, mit viel Wärme zugestimmt haben, wonach einige Millionen dieser Juden aus ihren jetzigen Wohnsitzen in einen zu gründenden Judenstaat überführt werden sollten. Auch die einzelnen Vorschläge betreffs dieser Ueberführung, die in jener Schrift sehr gedankenvoll gestaltet sind, anzuführen oder auch noch zu kritisieren, ist hier nicht der Ort. Ich möchte nur einige Sätze daraus zitieren, was dort über die organisatorisch-finanzielle Seite der Ausführung jener Ideen gesagt wird:

„Den Abzug muss man sich nicht als einen plötzlichen vorstellen.“ Er wird von der zu gründenden «Jewish Compagny», dem finanziell-organisatorischen Instrument des Planes, geregelt. „Die Art, in der das geschieht, verhütet Krisen und sichert jedem das Seine.“ Dieses Organ „besorgt die Liquidierung aller Vermögensinteressen der Abziehenden und organisiert im neuen Lande den wirtschaftlichen Verkehr. Die in Betracht kommenden Immobilien sind Häuser, Landgüter und örtliche Kundschaft der Geschäfte.... Die Company wird sich anfangs nur bereit erklären, die Verkäufe dieser Immobilien zu vermitteln.... Zugleich wird sie als Güterkäuferin auftreten, richtiger als Gutstauscherin. Sie wird für ein Haus ein Haus, für ein Gut ein Gut geben und zwar «drüben». Alles ist, wenn möglich, so zu verpflanzen, wie es «hüben» war... Wir wollen (den Ueberwandernden) eine Heimat geben. Nicht, indem wir sie gewaltsam aus ihrem Erdreich herausreisen. Nein, indem wir sie mit ihrem ganzen Wurzelwerk vorsichtig ausheben und in einen besseren Boden übersetzen.“ In unserem Falle ist Letzteres noch selbstverständlicher; kommt ja doch jede Gruppe gerade zu ihren Konnationalen hinüber. Viele dort angeregte Massnahmen kommen für unseren Zweck nicht in Betracht, weil ja dort mit der Ueberführung eine staatliche Neugründung hätte vorgenommen werden sollen. Hier aber werden ja die „Mutterstaaten“ als vorhanden vorausgesetzt.

Ich wiederhole: in vielen Fällen ist ein solcher Austausch oder eine Ueberwanderung von Volksteilen nicht diskutabel; aber ebenso sicher ist er es in anderen Fällen. Es ist nur aus leicht verständlichen Gründen unangezeigt, in dieser Zeit konkrete Streit-Gebiete zu nennen, wo jene Ideen in Anwendung gebracht werden könnten. Man kennt ja übrigens schon — unorganisierte — friedliche Wanderungen homogener, zusammenhängender Massen aus anderen als aus rein ökonomischen Ursachen auch in neuerer Zeit. Zum Beispiel die verschiedenen Auswanderungen infolge der Religionskämpfe und die Wanderungen der Buren nach Süden und dann nach Norden. Auch die

Erfahrungen bei den verschiedenen, allerdings relativ kleinen, äusseren und inneren Kolonisationen, zum Beispiel der Deutschen in Russland, in Galizien und Palästina, die der Juden in Palästina und Argentinien könnten mutatis mutandis mit Erfolg verwendet werden. (Die reguläre gewaltige Auswanderung nach Amerika kann da nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil sie unter fundamental andersartigen Bedingungen vor sich geht.)

„Aber“, wird man sagen, „welches Volk oder welcher Staat nähme auf sich die gigantischen Kosten einer Millionen-Wanderung? Und die Mühseligkeiten und Kalamitäten und die direkten und indirekten Verluste an verschiedenen Werten, die mit einer derartigen Verschiebung zweifelsohne verbunden wären?!“

Aber bloss ein verschwindend kleiner Teil der 125 Milliarden Franken, die jetzt in 360 Kriegstagen verschlungen werden, genügten doch für die grössten Austausch- oder Ueberwanderungs-Operationen! Und die Unbequemlichkeiten wären doch wahrlich gar nicht zu vergleichen mit den furchtbaren Leiden dieses Völkermordens — nicht nur der Soldaten, sondern auch der Zivilbevölkerung in den Kriegsgebieten. Wozu ja noch kommt, dass in diesem Kriege neben den etwa 40 Millionen bis jetzt aufgebotenen Soldaten, in Polen, Lithauen, Kurland, Wolhynien, Ostpreussen, Galizien, Belgien, Nordfrankreich, Serbien und Armenien durch verschiedenartige freiwillige und unfreiwillige Evakuierungen zumindest auch noch 10 Millionen der zivilen Bevölkerung auf der „Wanderung“ waren oder sind. Dabei welch unfassbares Zugrundegehen! Glaubwürdige, uninteressierte Berichte über die russischen Flüchtlinge zum Beispiel konstatieren, dass jetzt dort fast kein Kind unter 5 Jahren zu finden ist: all die jungen, zarten Leiber sind den Strapazen, dem Hunger und der Kälte erlegen.

Und all dieser unendliche Jammer wird doch zu einem ganz grossen Teil eben wegen des „nationalen Ausgleiches“ auf die Welt hinaufgeschworen — eines Ausgleiches, der in vielen Fällen bei verständigungsmässiger, friedlicher, organisierter Inangriffnahme und Ausführung beinahe schmerzlos vor sich ginge. Wobei zum Nutzen der Ueberführung und Etablierung die ungeheure Macht der technischen Zivilisation, ihrer Mittel und Behelfe, gebraucht würde — eine Macht, die jetzt im Kriege zum Unheil der Menschheit gebraucht wird. Und der Erfolg wäre ein sicherer und für absehbare Zeiten definitiver; was man dagegen beim Beginn eines zu demselben Zwecke unternommenen Krieges nicht wissen kann, und ist der Krieg beendet und ist das national strittige Gebiet einem der Gegner kraft des Schwertes zugefallen, dann ist der Erfolg erst recht weder sicher noch devinitif. Auch könnte zuerst an die Lösung von Aufgaben herangetreten werden, bei denen es sich nur um wenige Hunderttausende handelt. Und auch da natürlich nur dann, wenn absolut kein anderes Verständigungsmittel zu finden wäre, als wahre ultima ratio, was bekanntlich auch der Krieg sein will, es aber fast nie ist.

Dass es bei der Diskussion eines solchen Vorschlags an tausend Einwänden nicht fehlen wird, ist klar. Auch nicht an dem Lächeln der Praktischen. All das kennt aber der Pazifist schon lange und zur Genüge. Und ein diesbezüglicher Passus aus jener Schrift möge hier zitiert sein: „Zwar sind die praktischen Leute wohl in der Regel nur

Routiniers, unfähig aus einem engen Kreise alter Vorstellungen herauszutreten. Aber ihr Widerspruch gilt und vermag dem Neuen sehr zu schaden. Als die Eisenbahnzeit über Europa kam, gab es Praktiker, welche den Bau gewisser Linien für töricht erklärten, weil dort nicht einmal die Postkutsche genug Passagiere habe. Die Eisenbahn wurde dennoch gebaut. Man ist glücklicherweise über die Bedenken von Praktikern der Postkutsche hinweggegangen.“



VORBEDINGUNGEN EINES DAUERFRIEDENS.

SCHON seit längerer Zeit wird von pazifistischer Seite die Frage erörtert, in welcher Weise ein „Dauerfriede“ zustande kommen könnte und es wurden auch gewisse Forderungen erhoben, durch deren Erfüllung ein solcher Friede gewährleistet werden würde. Diese Forderungen bezwecken die Schaffung derartiger Einrichtungen und die Herbeiführung derartiger Verhältnisse, durch welche eine Veranlassung zu kriegerischen Konflikten in Zukunft möglichst hintangehalten oder, falls eine solche sich doch ergeben sollte, selbe vor dem Aufeinanderprallen zu beseitigen versucht werden kann.

Gänzlich ausseracht gelassen wurde es aber, auch die Beseitigung der Voraussetzungen, unter denen ein Krieg überhaupt möglich ist, in Erwägung zu ziehen.

Die Kriege wurden bisher stets von Herrschern, beziehungsweise von Regierungen in Szene gesetzt; geführt wurden sie von einem kleineren oder grösseren Teile der betreffenden Völker, und zwar ohne dass diese in der Lage waren, ihr Einverständnis mit dem bezüglichen Entschlusse des Herrschers oder der Regierung in einwandfreier Art kundzugeben oder eventuell sich gegen einen solchen Entschluss auszusprechen.

Die Volksvertretungen, gleichviel auf Grund welchen Wahlsystems sie ihre Mandate innehaben und in welchem Masse durch sie wirklich der Wille des Volkes zum Ausdrucke gelangt — hatten niemals und nirgends über die Frage zu entscheiden; sie können nur nachträglich zu derselben wegen Bewilligung der erforderlichen Geldmittel Stellung nehmen und befinden sich hiebei unbedingt in einer Zwangslage.

Aber ganz abgesehen davon, ob diese Volksvertreter, falls sie vor einer Kriegserklärung befragt würden, sich mit einer solchen einverstanden erklären würden, oder nicht, abgesehen auch davon, ob die Völker, wenn sie selbst unmittelbar zu entscheiden hätten, sich für oder gegen eine Kriegserklärung aussprechen würden, so muss doch der Frage, unter welchen Voraussetzungen diese Entscheidung für den Krieg zu gewärtigen, unter welchen Voraussetzungen sie gegen denselben zu erhoffen wäre, eine grosse Bedeutung beigemessen werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass sowohl die Volksvertreter als auch die Völker — insoweit letztere in irgend einer Art ihre Meinung kund-

geben — sich in allen kriegführenden Staaten für den Krieg, und zwar zumeist in begeisterter Weise erklärten und es muss angenommen werden, dass sie auch, falls sie vor Beginn desselben befragt worden wären, sich in gleicher Art entschieden hätten.

Fraglich bleibt es ja allerdings, ob diese zutage getretenen Meinungsäußerungen der Mehrheit der Volksvertreter, ja selbst des öffentlich ihre Meinung bekundenden Teiles der Bevölkerung auch wirklich die Meinung des ganzen Volkes, beziehungsweise der Mehrheit desselben darstellte, doch bleibt unbestreitbar die Tatsache bestehen, dass eine eventuell gegenteilige Meinung, selbst wenn sie wirklich von der Majorität geteilt worden sein sollte, eben nicht oder doch nicht in der notwendig entschiedenen Weise zum Ausdrucke kam.

Jedenfalls ist aber ein Krieg nur dann möglich, wenn die Völker ihn führen wollen, nicht aber wenn sie ihn als gegen ihr Interesse wirkend empfinden und demzufolge sich nicht zu dessen Durchführung bestimmen lassen.

Es fragt sich also: Wodurch wurde bisher dieser, die Möglichkeit eines Krieges bedingende Wille der Völker herbeigeführt und wodurch kann umgekehrt die denselben unmöglich machende Empfindung, beziehungsweise Erkenntnis der Völker und sonach deren entsprechende Willensäußerung hervorgerufen werden.

Ueberblickt man all die so ungemein zahlreichen Erörterungen über die Ursachen des nun schon über ein Jahr währenden grauenvollen Weltkrieges, so ergibt sich mit ziemlicher Klarheit, dass es jedenfalls im letzten Grunde wirtschaftliche Fragen sind, die den Krieg veranlassten.

Die einzelnen Staaten, beziehungsweise die diese leitenden oder auf die Entschlüsse der Staatslenker Einfluss habenden Personen, glaubten, durch den Krieg die Lebensinteressen des Staates wahren zu müssen.

Es soll hier nicht erörtert werden, ob der gewollte Zweck nur nach der bisherigen Methode, d. h. durch Gewalt oder ob selber nicht etwa auch auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen zu erreichen wäre, es muss aber untersucht werden, inwieweit diese Lebensinteressen der Staaten mit den Lebensinteressen der einzelnen Staatsangehörigen identisch sind.

Wenn von Russland die Herrschaft über die Dardanellen angestrebt, wenn von England die bisherige Beherrschung der Meere zu erhalten beansprucht, wenn von Deutschland die ungehinderte Betätigung in Bezug auf Industrie und Handel und die Erwerbung von Kolonien für den Bevölkerungsüberschuss zu erringen versucht wird, so sind dies Forderungen der Staaten, und wenn behauptet wird, der Staat muss diese oder jene Forderung stellen, wenn es heisst für Russland, England, Deutschland ist die Durchsetzung dieses oder jenes Anspruches ein Lebensinteresse, so muss doch gefragt werden, was denn unter dem Begriffe Staat, was unter Russland, England, Deutschland eigentlich zu verstehen ist und wer eigentlich an der Durchsetzung dieser Forderungen interessiert ist.

Der Staat ist die Summe der ihn bildenden Staatsangehörigen, und wenn man von England, Russland, Deutschland spricht, so soll

damit gleichfalls die Bevölkerung dieser geographischen Begriffe gemeint sein.

Ist nun aber auch wirklich das Interesse aller Staatsangehörigen, aller Volksgenossen oder auch nur die überwiegende Mehrheit derselben tangiert, wenn die betreffende Forderung erfüllt oder nicht erfüllt würde? Sind es nicht vielmehr in allen Staaten nur relativ geringe Minderheiten, in deren Interesse die Forderung erhoben und durchzusetzen versucht wird?

Ob es sich nun um den effektiven Besitz irgendwelcher Territorien mit der Möglichkeit der Ausbeutung von Bodenschätzen, der günstigen Bedingungen für die Entfaltung von Industrien, ob es sich um gewisse Vorteile im Handel, um Behinderung der Konkurrenz handelt, immer wird es in erster Linie eine kleine Gruppe von Menschen sein, die hiedurch einen unmittelbaren und meist ungeheuer grossen Nutzen zu erzielen hofft.

Nur in sehr beschränktem Masse kommen solche Vorteile bei der heutigen Wirtschaftsform indirekt auch weiteren Kreisen, wohl gar nicht aber der Allgemeinheit zugute.

Nun könnte dem gegenüber ja darauf hingewiesen werden, dass es sich ja doch nicht ausschliesslich um materielle Vorteile handelt, dass vielmehr ideelle Interessen in Betracht kommen und dass in dieser Hinsicht eben das ganze Volk in intensivster Weise an der Sache beteiligt ist und eben im Hinblick auf diese Ursachen bereit ist, alles zu opfern. Gut und Blut fürs Vaterland, für Haus und Herd, für Weib und Kind, für die Zivilisation, für die Kultur der Menschheit und wie die schönen Phrasen alle lauten.

Durch wen aber werden diese idealen Güter denn bedroht? Die einen wie die anderen begeistern sich für deren Verteidigung, bedenken aber nicht, dass ja die einen wie die anderen gar keinen Anlass dazu haben. Welchem Volke wäre denn der Einfall gekommen, das andere von Haus und Herd zu vertreiben, ihm Weib und Kind zu rauben?

Dass von beiden Seiten in gleicher Weise behauptet wird, es wäre notwendig, die von dem Gegner (in Wirklichkeit wohl aber durch den Krieg selbst, also von beiden Seiten) bedrohte Zivilisation zu schützen, zeigt, dass die einen wie die anderen in einem Irrwahn sich befinden; die gegenseitige Beschuldigung ist grundlos und daher auch die Verteidigung zwecklos.

Weder materielle Vorteile hat also die Masse der Völker zu erhoffen, noch sind ideelle Güter zu verteidigen und es ist nicht anzunehmen, dass die Menschen, wenn sie sich dessen bewusst wären, ihr Leben, ihre körperliche Integrität, ihr und ihrer Familie Glück zu opfern gewillt wären.

Was veranlasst nun aber all diese Millionen Menschen so ganz und gar entgegen ihrem Interesse, entgegen ihrem sonstigen Fühlen und Denken zu handeln? Wodurch also wird der Krieg ermöglicht? Man muss unwillkürlich an die Zeit der Kreuzzüge zurückdenken, in welcher gleichfalls Hunderttausende von einem Rausche ergriffen, ein abenteuerliches, phantastisches Ziel vor Augen, plötzlich ihre Lebens-tätigkeit vollständig änderten.

Aber seither sind Jahrhunderte vergangen und die Verhältnisse haben sich in jeder Beziehung in ungeheurer Masse geändert. Ist

nun die Disposition der menschlichen Psyche zu solch unbegreiflichen Aenderungen ihres Willens und Handelns unverändert geblieben und nur an die Stelle der von Ort zu Ort ziehenden Kreuzprediger die Presse getreten?

Denn durch die Presse wird heute den Menschen suggeriert, es sei ihr Interesse, einander zu zerfleischen, durch die Presse wird ihnen die Ueberzeugung eingeimpft, der Krieg sei notwendig und unvermeidbar.

Warum aber wirkt die Presse in dieser Art? Zum grossen Teile geschieht dies einerseits infolge des Druckes der Regierungen, die ihrerseits im Sinne gewisser Kreise zu handeln gezwungen sind, andererseits im Solde jener Kreise, die enormen Nutzen aus der Verbreitung solcher Ansichten zu erzielen gewiss sind. Wenn zum kleinen Teile die Presse aus eigener Ueberzeugung eine gleiche Haltung einnimmt, was ja wohl kaum geleugnet werden kann, so ist dies darauf zurückzuführen, dass diejenigen, die in diesem Sinne schreiben, ohne dafür bezahlt zu sein oder sonst unter einem Zwange zu handeln, bereits von der Suggestion, an deren immer weitere Ausdehnung sie hiedurch mitwirken, selbst ergriffen sind.

Seien aber die Motive, durch welche die Presse veranlasst wird, den Volksmassen diese für selbe so verderbliche Ueberzeugung zu suggerieren, sie in dieses wahnsinnige, selbstmörderische Kriegsieber hinein zu hetzen, welche immer, so bleibt es unverständlich, wieso diese Massen sich so unbedingt dieser Suggestion unterwerfen, wieso deren ganzes Denken, Fühlen und Handeln so vollständig von derselben beherrscht wird, dass alle Kreise von, den ungebildetsten und denkunfähigsten Menschen bis zu den höchstgebildeten verstandesreichsten Männern, vom Analphabeten bis zum Gelehrten diesem Einflusse mehr oder weniger unterliegen.

Es scheint in der menschlichen Psyche irgend eine aus früheren Entwicklungsstadien überkommene, trotz aller Vervollkommnung des Gehirns noch bestehen gebliebene Disposition eben dieses menschlichen Gehirnes die Ursache zu sein, dass in gewissen Fällen jede ruhige Ueberlegung unmöglich wird.

Es dürfte sich hier um eine ähnliche Erscheinung handeln, wie bei den sogenannten „panischen“ Schrecken, bei welchem irgend eine Menge ganz plötzlich und oft ganz unmotiviert zu ganz unsinnigem, zweckwidrigem Gebahren veranlasst wird. Es braucht bekanntlich gar nicht eine Tatsache, z. B. ein Brand vorliegen; der von einem Einzelnen, sei es irrtümlich, sei es in irgend einer Absicht, ausgestossene Ruf: „Feuer“ genügt, in einem Theater, in einer Kirche eine Panik zu veranlassen, infolge deren oft Menschenleben ganz unnötigerweise zu Grunde gehen. Würden selbst bei einem wirklich entstehenden Brand die Menschen ruhig nacheinander den betreffenden Raum verlassen, so würde wahrscheinlich keinem ein Leid geschehen; nur dadurch, dass bei der ganzen Masse jedes besonnene Ueberlegen, jede Verstandestätigkeit plötzlich ausgeschaltet wird und in ganz sinnloser Weise gerade das Verkehrteste unternommen wird, kommt es zu oft tödlichen Verunglückungen. Nun befinden sich ja meist Einzelne in einer solchen Masse, die ihr ruhiges Blut bewahren, mitunter gelingt es diesen auch, beruhigend auf die Masse einzuwirken, häufig aber sind deren Bemü-

hungen vollkommen erfolglos, sie werden nicht gehört und mit der Masse in das Unheil, das sie erkennen, mit hineingerissen.

In solcher Lage befinden sich auch die Pazifisten; all ihre Warnungen und Mahnungen blieben unbeachtet; die Arrangeure der Katastrophe hatten eben die Sache musterhaft durchgeführt, sie wussten sehr wohl, dass das am sichersten wirkende Mittel die Plötzlichkeit sei, die es unmöglich macht, dass die Massen zur Besinnung ihres Tuns kommen.

Sie hatten bei früheren Gelegenheiten ja bereits die Erfahrung gemacht, dass, sobald nur halbwegs Zeit bleibt, auf die Massen beruhigend einzuwirken, sie ihren Zweck nicht erreichen können; denn wiederholt hatten sich Konflikte zwischen Staaten ergeben, die sehr bedrohlich schienen und, wie von den Kriegshetzern behauptet wurde, unbedingt einen Krieg hätten herbeiführen müssen, die jedoch dadurch beigelegt wurden, dass die Zeit ausgereicht hatte, der Vernunft zum Siege über die Leidenschaft zu verhelfen.

Ausser dieser — man möchte sagen atavistischen — Disposition des menschlichen Gehirnes, durch Ueberumplung quasi gelähmt zu werden, kommt noch zur Erklärung der befremdenden Tatsache, dass die Massen der Völker sich zur gegenseitigen Vernichtung bestimmen lassen, eine andere Eigentümlichkeit der Menschen in Betracht, nämlich deren sogenannte Herdennatur.

Auch in normalen Zeiten wird ja stets die Masse von einzelnen oder von einer Minderheit beherrscht. Wenn es aber auch seit dem Urbeginn der menschlichen Gesellschaft Herrscher und Beherrschte gab, wenn es auch in Hinkunft immer Führer geben wird und geben muss, und keine Organisation möglich erscheint, in der es nicht Leitende, Anordnende gibt, deren Verfügungen entsprechend die Gesamttätigkeit erfolgen muss, soll anders die Gesamtheit bestehen können, so ist hiebei doch zu beachten, ob die Masse solche Anordnungen auch zu beurteilen vermag, ob sie deren Zweckmässigkeit erkennt und gegebenen Falles auch eine Aenderung der als unrichtig erkannten Verfügungen herbeizuführen imstande ist, so dass sie nicht unbedingt, ohne die Nützlichkeit der getroffenen Anordnungen beurteilen, ohne ihre etwaigen gegenteiligen Ansichten kundtun zu können und ohne jedwede Ingerenz auf die Fällung der allerwichtigsten, nicht nur ihr Glück, sondern sogar ihr Leben betreffenden Entscheidungen, in einem künstlich suggerierten Wahne befangen, sich in das Verderben führen lässt.

Nun lässt sich ja wohl nicht leugnen, dass die Beherrschung der Masse ganz allmählig eine immer weniger absolute wird und je mehr die Bildung, die Einsicht, die Selbsterkenntnis und Selbstbewertung, überhaupt die Reife der Masse zunimmt, auch die Möglichkeit einer mehr weniger absoluten Beherrschung der Masse stetig geringer wird, dass diese Masse immer mehr nur den nach verständnisvoller Beurteilung als nützlich und zweckentsprechend erkannten Verfügungen sich unterordnen wird.

Ebenso kann der besprochene Gehirndefekt nur durch die fortschreitende Bildung, durch entsprechende Schulung (wie zum Beispiel ja in den Schulen die Kinder daran gewöhnt werden, auch bei Feueralarm ruhig und besonnen zu bleiben) in seinen dermaligen Wirkungen beschränkt werden.

In beiden Richtungen kann also naturgemäss nur langsam durch entsprechende Hebung und Verallgemeinerung der Volksbildung ein Resultat erzielt werden und bedarf es dazu einer zielbewussten Anwendung entsprechender Mittel; es ist also von äusserster Wichtigkeit, dass von pazifistischer Seite in diesem Sinne gewirkt wird.

Die Menschen brauchen keine „Engel“ zu werden, sie sollen aber dazu gebracht werden, mehr als bisher „Menschen“ zu sein.

Es muss auf die Masse der Bevölkerung und auf die heranwachsende Jugend in solcher Art eingewirkt werden, dass die Disposition für eine erfolgreiche Suggestion von ganz und gar unrichtigen, nur einer bestimmten Absicht dienenden Meinungen unmöglich wird.

Die Menschen dürfen weiterhin nicht in dem Wahne verbleiben, durch gegenseitiges Abschlachten und durch Vernichtung aller durch Jahrzehnte mit Mühe und Fleiss erzeugten Kulturgüter, irgend etwas Gutes — sei es materieller, sei es ideeler Natur — zu vollbringen, sie dürfen auch nicht den Krieg als eine vom „Schicksal“ herbeigeführte Katastrophe, als ein zwar grauenvolles, aber unabwendbares Unheil ansehen, sondern als ein von Menschen herbeigeführtes und daher vermeidbares Uebel. Sie dürfen einerseits nicht durch den plötzlichen Kriegsalarm ihren ruhigen, alle Vor- und Nachteile klar übersehenden, die Folgen richtig einschätzenden Verstand verlieren und anderseits nicht von dem Glauben durchdrungen sein, dass, weil die mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten betrauten Männer, sei es aus Unfähigkeit, sei es in bestimmten, gewollten Absichten, nun einmal die Sache derart eingeleitet haben, sie nun unbedingt selbe in der angeordneten Art durchführen müssten, ohne zu bedenken, dass sie ja vorerst hätten diesen Männern vor allem nicht so grosse Machtbefugnisse, noch dazu ohne eine irgendwie ausreichende Kontrolle einräumen sollen und dass sie überdies dieselben, wenn sie deren Unfähigkeit oder die Verderblichkeit ihres Wirkens an dem Ergebnis ihrer Tätigkeit erkannten, einfach desavouieren, eventuell dieselben rechtzeitig eliminieren konnten, keinesfalls aber blindlings sich in das Verderben zu stürzen brauchten.

Mit einem Worte, die Masse der Völker muss selbständiger, urteilsfähiger, willenskräftiger werden, dann wird sie weder so leicht einer Suggestion unterliegen, noch dem Willen einiger Weniger bedingungslos unterworfen sein.

Dazu bedarf es eben, wie gesagt, der Erziehung, und zwar sowohl der Erwachsenen als auch der Jugend, und daher muss unbedingt hinsichtlich der Presse und des Unterrichtes gründlich Wandel geschaffen werden.

Gewiss ist ja die allgemeine Bildung der Völker in den europäischen Kulturländern, wenn auch in den östlichen und südlichen bedeutend weniger als in den westlichen und nördlichen, ziemlich weit gediehen und auch die Einflussnahme der Massen auf die Lenkung der Ereignisse bis zu einem gewissen Grade erstarkt, aber beides ist auch in den vorgeschrittensten Ländern noch lange nicht in dem Masse erreicht, das zu dem beabsichtigten Zwecke erforderlich wäre.

Hinsichtlich des Unterrichtes, und zwar sowohl in den Volks- als in den höheren Schulen müsste nicht nur die gerade jetzt während des Krieges in so vehementer Weise angebahnte Militarisierung vollkommen

rückgängig gemacht werden, sondern auch der Lehrstoff gründlich gereinigt werden, es müssten vor allem in der Geschichte viel weniger die Schlachten und Eroberungen, das Heldentum und die Verherrlichung der „Mehreren des Reiches“, als die Errungenschaften auf allen Gebieten menschlicher Kultur, die Schöpfungen hervorragender Menschen auf geistigen und materiellen Gebieten, die Erfolge in Wissenschaften, Technik, Kunst und Literatur, die Fortschritte in ethischer und insbesondere auch in sozialer Hinsicht in eingehendster Weise dargestellt werden und in gleicher Weise auch in allen übrigen Lehrfächern auf diese fortschreitende Entwicklung der Menschen hingewiesen, die Interessengemeinsamkeit, die gegenseitige Hilfsbedürftigkeit derselben hervorgehoben und so der Jugend immer wieder eingeprägt werden, dass nicht die gegenseitige Vernichtung, sondern im Gegenteil das harmonische Zusammenwirken der Menschen deren Weiterentwicklung ermöglicht, dass das Entwicklungsgesetz gleichwie in biologischer, auch in sozialer Richtung gilt und, wie auch die Geschichte lehrt, die Menschen in immer grösseren Verbänden sich zusammengeschlossen haben und daher die heutigen Staatsgebilde kein Endresultat darstellen, dass durch eine höhere Organisationsform die gegenseitige Bekämpfung in eine gegenseitige Förderung umgewandelt werden kann, wie dies ja auch bei der Schaffung der jetzigen Staaten aus kleineren Verbänden der Fall war.

Sowohl im Schulunterrichte als in der Presse muss eine Erziehung in der Richtung erfolgen, dass die Menschen befähigt werden, in weit ausgedehnterem Masse als bisher ihr Schicksal selbst zu bestimmen, dass sie selbständig denken und urteilen lernen und nicht am Gängelbände geführt werden müssen. Sie sollen reif gemacht werden, die innere und äussere Politik in ihrem Interesse zu gestalten, denn die eine ist, wie Goldscheid so treffend ausführt, durch die andere bedingt. Es darf nicht einer verschwindenden Minderheit gelingen, die Masse der Völker nicht nur auszubeuten, sondern sie auch willenlos zur Schlachtbank zu führen.

Neben den pazifistischerseits aufgestellten Forderungen zwecks eines dauernden Friedens ist also Aufklärung der Volksmassen durch Schule und Presse unbedingt erforderlich und sind hinsichtlich der letzteren auch internationale Vereinbarungen betreffs gesetzlicher Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, aber auch gegen alle die Betörung des Volkes bezweckenden Lügen und Verdrehungen sehr notwendig.

In beiden Richtungen wird es hauptsächlich aus dem Grunde ausserordentlich schwierig sein, eine Aenderung der jetzt herrschenden Tendenzen anzubahnen, weil diese Tendenzen als eminent patriotisch gelten und jeder Versuch einer Aenderung daher als unpatriotisch gebrandmarkt wird.

Patriotismus aber heisst — darüber besteht kein Zweifel — das Beste für den Staat, bzw. das Volk im Ganzen und damit gleichzeitig auch für jeden einzelnen Volksgenossen, herbeizuführen trachten und es kann wohl jetzt, nachdem die Folgen des Krieges wohl Jedermann fühlbar geworden sind, keine Frage sein, dass der Krieg an sich gewiss nicht zum Besten des Staates und Volkes beizutragen vermag.

Er wird ja von den einen wie von den andern als aufgezwungenes und somit als ein bedauerliches — allerdings nach der bis-

herigen Auffassung unvermeidbares — Uebel erklärt, das nur irgend welcher hiedurch zu erreichenden, dem Besten des Staates, bezw. des Volkes dienender Zielen wegen, notgedrungen ertragen werden muss.

Das Streben, dieselben Ziele und damit das Wohl des Staates und des Volkes auf anderem Wege zu erreichen, die Versuche, den dem Wohle des Volkes so sehr abträglichen Krieg womöglich auszuschalten, die Anbahnung von diesem Zwecke dienlich scheinenden Reformen können daher keinesfalls als unpatriotisch, sie müssen ganz im Gegenteil als eminent patriotisch bezeichnet werden.

So gross auch die Schwierigkeiten sein mögen, die sich solchen Reformen gewiss entgegen stellen werden, so muss doch mit der grössten Entschiedenheit deren Bekämpfung in Angriff genommen und mit allen Mitteln durchzuführen versucht werden, durch Schule und Presse die Vorbedingung für den wahren und dauernden Völkerfrieden zu schaffen.

Nur weil die Massen der Völker einerseits in dem Wahne befangen waren, sie **müssten** in blindem Gehorsam den nun einmal angeblich unvermeidlichen, aufgezwungenen Krieg durchkämpfen, weil sie anderseits infolge der durch die Plötzlichkeit verursachten Verstandeslähmung nicht in der Lage waren, die Folgen des Krieges abzuschätzen und dessen Vermeidbarkeit zu erkennen, konnte dieser Krieg ermöglicht werden und eine Wiederholung dieser Katastrophe kann sonach nur vermieden werden, wenn es gelingt, diese Voraussetzungen möglichst auszuschalten.

Sch. (Wien).



DR. A. FOREL, EH. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH: GENUG ZERSTÖRT! WIEDERAUFBAUEN.

I. Bereits vorhandene und feststehende Ergebnisse des jetzigen Krieges.



IE furchtbare moderne Bewaffnung der Völker Europas, England ausgeschlossen, verdanken wir dem obligatorischen Militärdienst für alle oder fast alle ungefähr gesunden Menschen. Millionen der Besten sind dem Tode überliefert worden, die Krüppel an Körper und Seele blieben am Leben.

Die Allgemeinheit des Krieges wurde durch das Bündnissystem zwischen grossen Staaten bedingt, das zugleich das Interesse der kleinen Staaten an der internationalen Politik ertötete. Die aus der Wissenschaft geborene Technik hat ferner immer furchtbarere Waffen geschaffen, um die Menschen samt ihren beweglichen und unbeweglichen Produkten zu zerstören.

Indem sie die Verkehrsmittel erleichtert, begünstigt die gleiche Technik die rasche Beweglichkeit der Heere, die Sendung von Regimentern zweifelhafter Treue an fremde Fronten, die telegraphische oder sonstige augenblickliche Erstickung des leisesten Beginnes eines

Aufstandes, wo er auch immer erscheine. Mit Hilfe ihrer wunderbar organisierten hierarchischen Disziplin macht jene Technik mit einem Wort aus dem Soldat gewordenen Menschen eine Maschine, die nur noch zwischen dem sichern Tod durch den Revolver ihres Offiziers und einem recht möglichen, sogar sehr wahrscheinlichen andern Tod durch die Waffe des Feindes zu wählen hat. Dank der modernen Internationalität ist letzterer oft sein Verwandter oder sein Freund; man denke nur an Ruthenen, Elsässer, Polen, Finnländer und andere mehr. Infolge des blinden Gehorsams, zu dem sie das Individuum zwingt, hat die moderne technische Organisation des Heeres, sogar in Friedenszeiten, wenigstens in unsern Kulturländern, Revolutionen fast unmöglich gemacht.

Vermöge der Schützengräben kann heute eine gut organisierte Armee eine ungeheure Grenze mit relativ wenig Mannschaft fast uneinnehmbar gestalten.

Die Beförderung der Lebensmittel durch die ganze Welt lässt höchstens da, wo Eisenbahnen selten sind (Russland, Türkei), kurz dauernde und lokale Hungersnot zu. Stark bevölkerte Länder könnten allenfalls nur durch eine vollständig effektiv gewordene Blockade, durch Hinderung des Importes langsam mehr oder minder ausgehungert werden. Dank den Fortschritten der Chirurgie und der Schutzhygiene (Impfungen) hat man die Wundheilung befördert und die Seuchen wirksam bekämpft. Für den Fall eines europäischen Krieges hatte man den raschen finanziellen Ruin nach wenigen Monaten prophezeit. Nun dauert der Krieg 20 Monate und keine Nation ist noch ruiniert. Dieses alles kommt von der gegenseitigen Abhängigkeit aller Nationen, sowohl in der Geld- als in der Nahrungsfrage. Auf einer im ganzen ziemlich schmalen Kriegsfrontstrecke wurden zwar die Bodenprodukte zerstört, aber nirgends anderswo; ihr Anbau wurde im Gegenteil vielfach gesteigert. Somit hat der jetzige Krieg in gewissen Dingen weniger schlimm gewirkt als man erwartete.

Andererseits hat er uns durch die erschreckende Zahl der Toten und durch den anarchischen Rückgang internationaler Beziehungen schwer enttäuscht. Die Verträge wurden mit Füßen getreten; das Recht des Stärkern und des Schlauern herrscht jetzt überall; sogar ganze Nationalitäten wie die Armenier werden systematisch ausgerottet.

Besonders Deutschland hat die wunderbare Macht einer guten Organisation klar bewiesen. Wenn ganz und gar dem Heere unterstellt, wie eben in Deutschland, wird eine solche Organisation durch Stärkung des Hasses zwischen den Nationen, durch Erregung des nationalen Chauvinismus und, wenn die Gefahren des Bündniswesens dazu treten, als Weg zu ungeheuren Kriegen verderblich. Sie würde dagegen zur Wohltat, wenn sie international oder besser supra-national und rein sozial-friedlich gestaltet werden könnte, nationalen Kliquen und jeden Erorberungs- und Vergrößerungsgelüsten einer Nation zu Ungunsten anderer ein devinitives Ende bereitend. Die berühmte Rassenhypothese Europas (Chamberlain etc.) und der daraus oft entsprungene nationale Grössenwahn, hat sich heute immer mehr als ungeheurer Unsinn entpuppt. Sie war zwar lange schon von der ernsten Wissenschaft gerichtet worden. Sie hatte früher den Römern, später den Franzosen und Engländern und heute den Deutschen dazu gedient, sich als „die beste Rasse“ zu

fühlen. Wenn man aber heute alldutsche Juden und Slaven, germanophobe Germanen usw. sieht, wenn man das unentwirrbare Rassengemisch, mit seinem durch die Kriegsleidenschaften geschürten oder suggerierten Hass, auf beiden Seiten dazu kommen sieht, unbewusst sich selbst zu beleidigen und zu schelten — dann wird die Selbstverhöhnung vollendet! Unlängst sagte mir ein österreichischer Offizier, dass die im österreichischen Heere kämpfenden Serben, um sich von den andern Serben in Serbien zu unterscheiden, die letztern „Serbaken“ nannten!

Heute erlauben Unterseeboote und Luftschiffe, durch Luft und See überall in der Entfernung Ruinen zu säen.

Die seit historischen und prähistorischen Zeiten bekannte erbliche menschliche Raubgier hat sich nur in ihrer Form, gar nicht in ihrer Grundlage geändert; ein bischen Schüren der Leidenschaften genügt, um sie wieder zu wecken. Mit keinem bessern Argument könnte man den Triumph der Wahrheit der wissenschaftlichen Evolutionslehre der Lebewesen und die Beharrlichkeit ihrer erblichen Eigenschaften bestätigen, besonders wenn man sie mit den raschen Aenderungen der Kultur vergleicht, die uns durch unsere vielen Ahnen überliefert wurden.

Es genügt etwas Ueberlegung, damit selbst der engherzigste konservative Bürger auf Grund der obgenannten Tatsachen zugeben muss, dass unter unserer Sonne seit der „guten alten Zeit“, sogar seit nur hundert Jahren, viel neues entstanden ist und dass für neue Uebel neue Heilmittel nötig sind. Vergessen wir ja nicht, dass dank dem Druck und dem modernen Verkehr, in der Wissenschaft und in der Technik heute nichts mehr verloren gehen kann. Man verlacht uns als Utopisten; man traut sich kaum mehr, sich „Pazifist“ zu nennen, denn mit Hülfe leidenschaftlicher und verderblicher Schimpfwörter ist der Sinn des Namens ganz gefälscht worden. Ich will beweisen, dass wir im Gegenteil viel realistischer sind als unsere Verächter mit ihren altmodischen patriotisch-konservativen Leierkasten.

II. Gegenwärtige soziale Bilanz.

Die Menschheit für einmal als Ganzes betrachtet (siehe die wünschbare zukünftige Bilanz in meiner Schrift: Vereinigte Staaten der Erde, XVI, Seite 99) wollen wir das Gute unter die Aktiven und das Schlechte unter die Passiven stellen.

a) **Aktiven:** Die relativ gute, der Wissenschaft und der Technik entspringende Organisation unserer Gesellschaft in den Kulturländern; die Justiz, da wo sie unverdorben, bestechungsfrei ist und zugleich auf metaphysikfreien Begriffen beruht; die Konsum- und Produktionsgenossenschaften; das Völkerrecht und die internationale Organisation, beide leider noch gar schwach; die Erziehung eines Jeden zur Arbeit und zur sozialen Disziplin, mit einem Wort alle heutigen sozial-ethischen Bewegungen, die zum Wohl der Menschheit streben, wie Eugenik, Frauenstimmrecht, internationale Sprache, Alkoholabstinenz (Verbot), Pazifismus (wohlverstanden auf supranationalem Boden), Freihandel, Sozialismus (im weitem Sinn), vom Staat garantierte konfessionelle Neutralität, allgemeines Stimmrecht, Recht zur Volksinitiative, rechtliche Gleichstellung der Sprachen, eine fortschreitende Sozialisierung

des Individuums, die ihm aber jede geistige und ethische Initiative freilässt. Unter den Aktiven sind heute einige schon weit vorgeschritten, während andere erst schwache Anfänge aufweisen.

b) Passiven: Die internationale Anarchie als höchste Ursache der fortschreitenden Bewaffnung und der Kriege, die man heuchlerisch stets defensiv nennt; Unterdrückung der Kolonien und deren raubgierige Ausbeutung; das Trustkapital, das zur umfangreicheren Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr und mehr das kleine Kapital ersetzt; die Zollschranken; das die Menschen und ihre Nachkommen vergiftende Alkoholkapital; der nationale Chauvinismus und sein Grössenwahn; die Herrschaft der rohen Kraft an Stelle des Rechtes; die Kakogenik (verkehrte Zuchtwahl) als Produkt der Kriege, des Alkoholismus und einer das soziale Wohl verkennenden Hygiene; die Tyrannei der Konfessionen, der Sprachen und der oligarchischen Stände, feudale wie andere; unsere heuchlerische menschliche Ethik, die man wohl aus Ironie christlich nennt, samt ihren besonders auf dem sexuellen und Geldgebiet üblichen Lügen; die Bündnisse zwischen Grossmächten die angeblich dem Gleichgewicht der Kräfte, in Wirklichkeit aber (aus Interesse und Eroberungssucht) dem Schüren und der Verallgemeinerung des Hasses dienen; die systematische Unterdrückung der persönlichen Freiheit, besonders bei Frauen, sowie der abhängigen Nationalitäten. Man könnte noch viele Passiven nennen. Ich habe nur die schreiendsten erwähnt.

Mit ungemein richtigem Blick hat Norman Angell in seiner „Grossen Illusion“ die wachsende gegenseitige Abhängigkeit aller Nationen der Welt, besonders seit hundert bis hundertfünfzig Jahren bewiesen. Er hat gezeigt, dass im modernen Krieg der Ruin des Besiegten den Ruin des Siegers mithervorrufft. Aber er hat auch die andere Seite jener Abhängigkeit betont, die ich in meinem Aufsatz I erwähnt habe, nämlich die lange Unterhaltung des Krieges durch die rasche Herbeiführung von Nahrungsmitteln — und, fügen wir noch hinzu, von Kriegsmaterial. Letztere ist zur ungeheuern Reichumsquelle für gewissenlose, häufiger noch unbewusste Ausbeuter des Völkerunglücks geworden — ein Reichtum, der höchstens mit dem Alkoholkapital verglichen werden kann.

Obige Passiven sowohl als die Aktiven sind zu unvollständig oder zu allgemein, um durch Zahlen ausgedrückt zu werden; man kann sie nur erwägen, aber sie sind deshalb nicht weniger wahr. Ihr zukünftiger Bankrott, er möge näher oder ferner stehen, ist nichtsdestoweniger sicher, wenn die ganze Menschheit nicht in volle Barbarei zurückfallen will. Da aber, infolge des Verkehrs, unsere heutigen Kenntnisse nicht mehr verloren gehen können, ist jener Barbareirückfall nicht mehr möglich. Die langsamen aber sichern Fortschritte, die z. B. das Frauenstimmrecht, die Alkoholabstinenz (Schweden, Amerika, Russland) und selbst das Esperanto machen, können nicht geleugnet werden. Noch ein Beispiel:

Zwischen den Genossenschaften eines erweiterten Sozialismus und der Ausbeutungssucht des Trustkapitals entsteht ein immer deutlicher werdender Riesenweikampf. Trotz des Krieges, trotz der egoistischen Ränke der Trusts, entwickeln und stärken sich besonders die Konsumgenossenschaften. Wer wird siegen? Mit Recht hat man gesagt, dass die durch die Schwäche des kleinen von ihnen verschlungenen Kapitals

entstandenen grossen Trusts ihr künftiges Grab selbst vorbereiten und dass sie später einmal als reifes Obst in die Hände eines sozialistisch gewordenen Staates fallen werden.

Der Kampf wird hart sein, aber der schliessliche Sieg eines weitblickenden integralen Sozialismus scheint mir nicht zweifelhaft, da dieser allzuklar im Interesse der Menschheit liegt. Die unvermeidliche Konzentration der Trusts bedingt ferner eine zunehmende Abnahme der Zahl der Milliardäre (früher Millionäre), die ihnen vorstehen, was zu ihrer Schwächung beiträgt.

* * *

Resümieren wir kurz die speziellen Passiven des gegenwärtigen Krieges: Wie blut- und eifersuchtgerige, aber aus gegenseitiger Angst zitternde Tiger, bevor sie aufeinander losspringen, ihre Riesenzähne fletschen und ihre Krallen zeigen, so taten die europäischen Grossmächte vor dem Kriege. Seitdem, mit Hülfe einer gekauften, geknebelten oder suggerierten Presse, hören ihre verantwortlichen Leiter nicht auf, heuchlerische Beleidigung und Verleumdung auf ihre Gegner zu werfen, die sie der scheusslichsten Missetaten beschuldigen lassen, hieraus die Berechtigung ableitend, das Gleiche zu tun. Dieses Manöver hat den nicht gestandenen Zweck, den Mut und den Zorn der armen Soldaten, die man zur Schlachtbank schickt, anzufachen und die bedrückten Nationalitäten, wie Polen, Elsässer, Belgier, Letten, Finnländer, Serben, Armenier usw., die man zur gegenseitigen Abschlachtung zwingt, zu terrorisieren. Ein wahrhaftig wunderschönes Bild christlicher und sozialer Nächstenliebe; es wird der Geschichte des menschlichen Raubtiers im XX. Jahrhundert in seinem gegenwärtigen kollektiven Bild alle Ehre machen!

III. Neue Grundlagen zu einem Gebäude des sozialen Wohls und des dauerhaften Friedens.

Bevor man baut, ist ein Plan nötig, und, damit das Gebäude hält, muss jener Plan gut berechnet, die einzelnen Teile gut zusammengefügt, organisiert und aufrecht gestellt werden. Ist der Plan aber für den Krieg, das heisst für die Zerstörung zusammengestellt, wohin führt er uns? Der moderne Krieg steht im Gegensatz zur Menschheit; er ist die Wissenschaft ihres Uebels, da er alles zerstört, was die Arbeit und die Wissenschaft des Guten aufbauen. Unser Kapitel I samt den Passiven des zweiten Kapitals haben es uns gezeigt.

Verzehnfacht durch den obligatorischen Militärdienst aller, ist ferner die starke Organisation des modernen Heeres zu einer der Hauptursachen der erschreckenden und wachsenden Kakogenik unserer Rasse geworden. Wenn Bernhardi, und mit ihm viele Andere in allen Ländern den Krieg für notwendig zur Stärkung und Regeneration des Menschen erklären, verwechseln sie in einfältiger Weise die alten barbarischen Zeiten, wo der Eroberer nachträglich durch Schwelgen, in Faulheit und durch die Arbeit seiner Sklaven sich verweichlichte, mit den heutigen Zeiten, in welchen eine intensive Arbeit des ganzen Volkes im vollen Frieden fortwährend weitergeht. Wenn die Behauptung Bernhardis etc. richtig wäre, müssten die heute kämpfenden Deutschen nach vierzig-

jährigem Frieden und sehr gehobenem Reichtum bereits durchaus verweichlicht sein, da kaum einer von ihnen 1870 kämpfte! Gewiss ertötet die Faulheit unter uns manchen reichen Gigerl, aber für solche haben wir das Friedensheer mit seiner obligatorischen Arbeit, sowie einen erweiterten Sozialismus vorgesehen.

Verbunden mit verschiedenen, summarisch in meinen „Vereinigten Staaten der Erde“ behandelten Gegenständen, geben uns kurz die Aktiven unseres Kapitels II die Grundlage des zu befolgenden Weges.

Ein mir früher bekannter wohlthätiger belgischer Katholik, der Abbé Vaslet, hat ein vorzügliches antialkoholisches Blättchen gegründet und «le Bien Social» (das soziale Wohl) betitelt. Dies ist der Name, den ich als Banner auf dem neu zu erstellenden Gebäude an Stelle der durch den heutigen Krieg überall gesäten Ruinen wehen sehen möchte. Die religiös Gläubigen verweise ich auf Kapitel XI (Religion und Konfessionen) meiner „Vereinigten Staaten der Erde“. Vaslet war einer jener, die es verstanden den Verständigungsboden der allen christlichen und anderen Konfessionen sowie den Freidenker und Sozialisten gemeinsamen Religion des sozialen Wohls festzuhalten. Worin soll nun der Plan unserer neuen Initiative bestehen? denn die „Basis“ genügt nicht.

Alles dreht sich, wie wir sehen, um die internationale Organisation der Arbeit zu dem Zweck, eine bedeutende supranationale Kraft für das Wohl zu erlangen. Um eine derartige Energie zu gewinnen, ist ein fester Bund wohlthätiger Menschen aller Religionen, politischen und anderen Konfessionen, Freidenker und Sozialisten inbegriffen, zu einer gemeinsamen Tätigkeit auf zugleich friedlichem und sozialem Boden nötig. Ein derartiger Zweck muss und kann alle vereinigen, sie zugleich lehrend, ihre Meinungsverschiedenheiten in metaphysischen und parteipolitischen Dingen dem intimen Kreis ihrer speziellen Kirche und Privatzusammenkünfte zu überlassen. Einheit allein macht Kollektivkraft. Wir sollen somit ähnlich wie der Internationale Orden für Ethik und Kultur (I. O. E. K., Otto Volkart, Bern, Monbijourstr. 39) oder wie der Euphoristenorden (Dr. Müller-Lyer, Clemensgasse 5/III, München) die Privatinitiative eines supranationalen Bundes für das soziale Wohl ergreifen.

In «The Economist» London vom 16. Oktober 1915, Seite 591, hat Hugh Richardson auf international genossenschaftlicher Grundlage der Gründung einer allgemeinen öffentlichen Aktiengesellschaft (Limited Liability Company) nach Art der G. m. b. H. empfohlen. Es würde sich darum handeln, auf solche Weise überall internationale koloniale Konzessionen zu erlangen, ohne die Eifersucht irgend welcher Nation dabei zu erwecken. Damit könnte auf nationalökonomischer Grundlage ein wichtiger Teil unserer Wünsche erfüllt werden.

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. und 23. September 1915 hat Dr. O. B., kurz resümiert, den folgenden originellen Gedanken empfohlen:

„1. Alle neutralen Staaten ergreifen die Initiative zur Bildung eines internationalen Friedenstrusts, der womöglich auf alle Kulturstaaten verbreitet wird.“

„2. Jeder dem Friedenstrust beitretende Staat verpflichtet sich zu einem Golddepot, das dem als Treuhändler handelnden Friedenstrust

übergeben und durch ein eigens zu schaffendes Organ verwaltet wird. Ein neutraler Staat oder mehrere werden mit dem Depot betraut.“

„3. Der Trust wird durch das Zeichen jedes der deponierenden Staaten erkenntliche internationale Banknoten emittieren, die dann jenem Staat in dem Masse seines Depots übergeben werden.“

„4. Durch internationalen Beschluss wird festgesetzt, dass jeder Staat, der nunmehr einen Angriffskrieg erklärt oder anstiftet, dadurch seines Golddepots verlustig geht, das in den Besitz des Friedenstrusts gelangt. Wer Angreifer oder Anstifter ist, wird durch das Schiedsgericht in Haag entschieden.“

„5. Um für die Bürgschaft eines jeden Staates das nötige Gold zu erhalten, wird von der jährlichen Golderzeugung der ganzen Welt eine bestimmte Summe für ihn auf die Seite gestellt.“

Dies sind aber nur Instrumente, deren Motor ein erweiterter Sozialismus (siehe „Vereinigte Staaten der Erde“, Kapitel VI) sein muss. Jener Sozialismus unterscheidet sich von einem engherzigen, durch den Katechismus eines fertigen Dogmas und durch Klassenhass bewegten Marxismus dadurch, dass er sich ohne Unterschied an alle guten Menschen wendet und dass seine Anhänger sowenig täglich bei der Mahlzeit Bürgerfleisch geniessen, als aufgeklärte und weitsichtige Freidenker Pfaffenfleisch. Unter dem unbewussten Einfluss ihrer Umgebung und ihrer Presse bilden sich leider zu viele Leute ein, mehr Kultur und Bildung zu besitzen und wertvoller zu sein als andere, weil sie, ohne es zu fühlen, die Wohltaten der ihnen überlieferten geistigen Arbeit ihrer Vorgänger reichlicher geniessen. Sie verlieben sich vielfach leidenschaftlich in einen einzigen Gedanken, dem sie als Götzen alles Uebrige, selbst die höchsten Interessen der Menschheit unterordnen.

Es ist nun Pflicht, alle derartigen unheilvollen Einflüsse zu bekämpfen. Statt sich auf die ausschliesslichen Interessen der Industriearbeiter zu beschränken, denen er schmeichelt, muss ein erweiterter und umgewandelter Sozialismus in dem heroischen Kampf, den er gegen die mit den Despoten verbundenen Wucherer der grossen Kapitaltrusts führt, mittelst eines gegenseitigen gerechten Verständnisses, die Bauern und deren Interesse zu gewinnen lernen. Den ehrlichen Kleinbürgern, die nur soviel verdienen wollen, um ihre alten Tage und die Erziehung ihrer Kinder zu sichern, wird er ferner begreiflich zu machen, haben, dass sie von dem das ganze Volk ausbeutenden Grosskapital ebenfalls bedroht werden und dass sie in einer gut organisierten sozialen Wirtschaft ihre Rechnung viel besser finden werden als heute.

Schwierig ist die Frage: Autokratie oder Demokratie. Es gibt sogar eine sozialistische Autokratie. Unter dem Titel: „Zwei Autokraten“ zeichnete einst der Simplizissimus Bebel und den russischen Zar zusammen. Zu den Aktiven der Autokratie kann man die Prohibition der Wodka in Russland vom August 1914 rechnen. Dank dem Egoismus und den natürlichen Hassgefühlen des Menschen wird in einer Kollektivität durch eine anarchistische Demokratie alles ruiniert; die Tatsachen beweisen es. Aber die Gefahren der Autokratie sind noch viel grösser, wie die Weltgeschichte zeigt. Wenn das soziale Wohl einen starken individuellen Willen fordert, weiss man andererseits, dass unkontrollierte persönliche Gewalt die meisten Menschen berauscht. Man braucht daher eine starke gesetzliche Formel, die die supranatio-

nalen wie die nationalen Leiter unbedingt daran hindert, ihre Macht zu egoistischen oder schlechten Zwecken zu missbrauchen. Durch eine weise gesetzliche Norm muss jene Formel Dauer und Umfang persönlicher Regierung dermassen zum Voraus begrenzen, dass eine genügend starke obrigkeitliche gesetzgebende Gewalt die Regierenden scharf kontrollieren und, falls sie Missbrauch treiben, ihres Amtes entsetzen lassen kann.

Es gibt aber eine dringende Friedensarbeit zu verrichten, die allem andern vorangehen muss und für welche alle vorhandenen Energien in ein wohlgeordnetes Ganzes zur Erreichung eines dauernden Weltfriedens eingeholt werden müssen: Die universelle fortschreitende Entwaffnung. Zu jenem Zweck heisst es ebenfalls, eine wirksame Formel zu finden, die von vorneherein wenigstens die Mehrheit der Kulturnationen, wenn nicht alle, zu vereinigen im Stande sei. Sie muss darnach trachten, nach und nach die nationalen Heere durch eine supranationale Macht zu ersetzen. Letztere darf aber nur solange und soweit vorhanden sein, als sie zur Verteidigung des Friedens der Menschen gegen lokale Angriffe einer oder mehrerer Nationen notwendig ist.

Zu jenem Zweck ist es vor allem ohne Verzug nötig, alle jetzt noch neutralen Nationen in Form eines, provisorisch wenigstens, permanenten Bundes zu mobilisieren. Die Aufgabe jenes Bundes wird einerseits sein, die vom Krieg bedrohten Interessen aller neutralen Staaten zu wahren und andererseits den künftigen Bund des sozialen Wohls für die ganze Menschheit vorzubereiten — dies im Interesse der Kriegführenden selbst und mit ihrer Hülfe, sobald diese möglich sein wird. Herr Bignami, Villa Coenobium, Lugano, Schweiz, und vor einiger Zeit eine an den Schweizer Bundesrat gerichtete Petition, haben sich mit dieser Frage beschäftigt und ich verweise auf ihre Arbeiten. Ferner verweise ich auf:

1. Das Mindestprogramm unserer internationalen Organisation für einen dauernden Frieden (Theresiastraat 51, Haag) und auf seine offizielle Motivenerläuterung.

2. Auf das meisterhafte Werk Paul Otlets: „La fin de la guerre“ mit Weltcharter, Haag 1914, Martinus Nijhoff. Herr Otlet bereitet ein demnächst erscheinendes zweites Werk vor.

3. Auf die Broschüre Dr. Frieds: „Europäische Wiederherstellung“, Zürich, Orell Füssli 1915 und auf seine „Blätter für zwischenstaatliche Organisation“, gleicher Verlag.

4. Auf den Verband „Para Pacem“ (Karl Fromme, XVIII, Gersthoferstrasse 126, Wien), und auf den Bund „Neues Vaterland“, Tauenzienstrasse 9, Gh. III Tr., Berlin W 50.

5. Auf die Kapitel II, III, V, XIII, XIV meiner „Vereinigten Staaten der Erde“ (a. a. O.)

6. Auf die bereits angeführten Gedanken des Herrn Dr. O. B. in Bezug auf das Gold, des Herrn Hugh Richardson und noch vieler andern ähnlichen heutigen Bestrebungen, deren Anführung hier zu weit führen würde.

Alle jene Gedanken, auch die schwierige Frage der supranationalen Wahlquote, die jeder Nation nach ihrer Zahl, der Qualität ihrer Bewohner, ihrer geistigen Kultur, ihrem Besitz usw. zukommen soll,

müssen in den Kongressen für einen dauerhaften Frieden, in ihren Kommissionen und in einem eventuellen Staatenbund der Neutralen Gegenstand tief eingehender Diskussion werden. Herr P. Otlet (Seite 22 a. a. O.) sieht eine weitgehende Entwaffnung innerhalb zwei Jahren voraus; es wäre zu schön.

Man wird in erster Linie mit einer Hauptschwierigkeit zu rechnen haben: Dem Misstrauen und der Angst der Nationen gegeneinander, die durch die Missetaten der Presse und den Nationalhass geschürt werden. Ferner kommt die Frage der Kolonien und der niedrigen Rassen (Vereinigte Staaten der Erde II) hinzu.

Ihr konservativen Stützen der Vergangenheit, aus deren Sumpf herauszukommen Ihr unfähig seid, beschuldigt uns ideologischer Utopie. Ihr wisst selbst nicht, das Gute und Schöne, das die grossen Männer jener Vergangenheit uns hinterlassen haben, zu benützen; Ihr habt ihre Lehren vergessen, Ihr habt nicht verstanden, dass die Zeiten sich geändert haben. Wenn jene grossen Männer, die Ihr nachzuahmen wähnt, heute noch leben würden, wären sie die ersten, Euern bornierten Servilismus zu verleugnen, samt Eurer Unfähigkeit, Euch von offiziellen Vorurteilen zu befreien. Nein, wir sind keine Utopisten; wir sind wahre Realisten, die klar sehen, ohne uns durch Eure Reden blenden und durch Euern Spott einschüchtern zu lassen; beide verdecken nur Schwäche und Feigheit. Wir ziehen einfach die logischen Schlüsse, die aus den jetzigen Tatsachen herausfliessen, um nach deren Lehren, verbunden mit denjenigen der Vergangenheit und beleuchtet durch die Fortschritte der menschlichen Erkenntnis, für die Zukunft richtig zu handeln.

Die heutige Weltkatastrophe bietet uns einen einzig dastehenden Augenblick, um die Augen der Menschheit endlich über den Abgrund, der sie zu verschlingen droht, zu öffnen. Genug zerstört! Wieder aufbauen und besser machen.

IV. Europäische Wiederherstellung oder internationale Verfassung?

In seiner vorzüglichen Broschüre „Europäische Wiederherstellung“ denkt Dr. Alfred Fried zunächst daran, Europa nach Muster des Pan-amerikanismus wiederherzustellen, es möge nachher Amerika, wenn immer möglich, hinzutreten. In meinen „Vereinigten Staaten der Erde“ glaubte ich beweisen zu können, dass es grundsätzlich heute falsch ist, an Europa allein zu denken. Ein bisschen Geographie wird uns das klarer machen.

Eine alte Ueberlieferung teilt die Erde künstlich in fünf Weltteile: Europa, Asien, Afrika, Amerika und Australien, jeden mit zugehörigen Inseln. Nun besitzt Europa als Kolonien einzelner seiner Nationen ganz Australien, Afrika (Abessinien und allenfalls noch Liberia ausgenommen) und dazu noch einen Teil Asiens und Amerikas. Infolgedessen existieren ausser Europa, als unabhängige Nationen, nur noch die meisten des grossen amerikanischen Weltteils, ferner Japan, China, Siam, und Abessinien (allenfalls Liberia). Das sind mit zwei Worten die Tatsachen.

Mit Ausnahme eines Restes Eingeborener (sogenannter „Indianer“), ehemals als Sklaven importierter Neger und als Coolis gebrachter Chinesen besteht die Bevölkerung Amerikas, diejenige die überall herrscht,

aus europäischen Eingewanderten und sogenannten Creolen, sowie aus einigen ebenfalls eingewanderten Japanern. Nachdem wir diese Tatsache festgestellt haben, frage ich im Namen des einfachen gesunden Menschenverstandes, welchen Grund man wohl dafür angeben kann, künstlich auf einmal einen neuen Antagonismus zwischen Europa und Amerika schaffen zu wollen, das ebenso aus Kulturvölkern besteht, wie wir selbst. Warum knechtig den Panamerikanismus, die alte Monroe Doktrine, nachahmen wollen und damit neue künftige Kriege vorzubereiten, statt sich ganz einfach mit diesem Weltteil, (seine asiatischen Kolonien, die Philippinen inbegriffen) friedlich zu vereinigen? Für meinen Teil sehe ich keinen gültigen Grund dazu.

Mit Bezug auf Asien ist eine ernstere Frage, diejenige der sogenannten arabischen, semitischen und mongolischen Rassen, vorhanden. Aber die Mischung jener drei, alle durch und durch kulturfähigen, mit starkem Gehirn versehenen Rassen, hat bereits überall vortreffliche Produkte geliefert. Ich erwähne nur diejenigen zwischen uns und den Juden oder Arabern; dann die Mischung der mongolischen Finnländer und Magyaren mit germanischem und slavischem Blut. Warum hier noch neue Rassegegensätze künstlich schaffen und dadurch Chinesen und Siamesen in die bereitwilligen Arme Japans werfen, statt sie durch die uneigennützigste Gabe einer sie befreienden und neu bildenden Kultur an uns zu ziehen? In letzterm Falle wird Japan nichts anderes übrig bleiben, als sich dem internationalen Bund anzuschliessen, statt sich in seinem grössenwahnsinnigen Traum zu wiegen, mit Hülfe des Verschluckens Chinas später die ganze Welt zu erobern.

Man könnte noch von der Türkei sprechen, die gegenwärtig mit Deutschland ihre letzte Karte spielt und zugleich die arme entwaiffnete Nationalität der Armenier systematisch auszurotten versuchte. Aber hier müsste man prophezeihen und das will ich nicht. Nur eines kann man, glaube ich, voraussehen: „Entweder wird durch rasche Kultur die Türkei baldigst ihre Frauen befreien und denselben den Schleier abnehmen, oder sie wird früher oder später als unabhängiger Staat von der Weltkarte verschwinden.“ Das gleiche gilt von Persien.

Bleiben die Kolonien, die ich schon (V. St. d. Erde III) besprochen habe. Hier liegt die einzig mögliche und zugleich menschliche Lösung der Frage in der fortschreitenden Befreiung und Unabhängigkeit aller kulturfähigen Nationalitäten, sobald sie zivilisiert sein werden, gleich Kanada und Australien. Eine solche Lösung ist für Indien, Nordafrika etc. selbstverständlich; auch für Abessinien, wenn dieses Land im Stande sein könnte, von sich aus allein in seiner begonnen Kultur fortzuschreiten.

Dies gesagt, wo will man, frage ich, eine Grenze zwischen Europa und der übrigen Erde aufstellen? Es ist ganz einfach unmöglich; man müsste jene Grenze künstlich in allen Teilen schaffen, um das gelungene Vergnügen zu haben, für die Despoten der Zukunft neue Kriege vorzubereiten! Somit hier wiederum: Genug zerstört und unterdrückt! Bauen und Wiederaufbauen!



MARIE KOCZYNSKA, BRESLAU: WEIBLICHE „DIENST-PFLICHT“?



AS Problem des weiblichen Dienstjahres steht jetzt wieder auf der Tagesordnung, im Vordergrund allen Interesses für Fragen auf dem Gebiet der Frauenbewegung. Aus allen Orten laufen Berichte ein über grosse Versammlungen, einberufen zu dem Zweck, die Notwendigkeit einer weiblichen Dienstpflicht zu erörtern — hier und da wird ein „Bund für Frauendienstpflicht“ ins Leben gerufen (so auch in Breslau) — eine Menge, obiges Thema behandelnder Broschüren wurde veröffentlicht, Preisausschreiben werden erlassen usw., alles zu dem Zweck, das grösste Interesse der Gesamtheit für dieses Problem wachzurufen, allen, sowohl Frauen als Männern die scheinbare Notwendigkeit eines weiblichen Dienstjahres klar vor Augen zu führen.

Angesichts dieser grosszügigen Propaganda verlohnt es sich wohl, sich auch hier mit dieser Frage etwas näher zu befassen, zu untersuchen, ob und inwieweit denn diese „Notwendigkeit“ des weiblichen Dienstjahres besteht. Die Idee selbst ist nicht neu. Neu ist nur, dass sie jetzt gerade in Kreisen Anhänger findet, die bis dahin ihr nicht gerade die grösste Sympathie entgegenbrachten, der Frauenbewegung, wenn nicht eben feindlich, so doch mit gewisser Gleichgültigkeit gegenüberstanden; und das sollte uns zu denken geben. Schon vor etlichen Jahren wurde die Frage der weiblichen Dienstpflicht aufgeworfen; es wurden auch im Laufe der Zeit von hervorragenden Frauen und Männern diesbezüglich verschiedene Vorschläge gemacht; aber zu einer konsequenten Ausführung ist es nie gekommen, trotzdem dieser Gedanke einen integrierenden Bestandteil des in Frauenvereinen zur Bearbeitung kommenden Materials bildete. Es scheint, als ob erst der Krieg, der schon so verschiedene Neuerungen und Umwälzungen auf allen Gebieten gebracht hat, auch hier eine Wendung hervorrufen würde, wenn all die Arbeit, die von den gegenwärtigen Anhängern der „Frauendienstpflicht“ nach dieser Richtung hin jetzt geleistet wird, zu dem von diesen gewünschten Ergebnis führen sollte.

Ob dies der Fall sein wird, bleibt der Zukunft überlassen. Für den Augenblick steht das Eine fest, dass die Meinungen hierüber sehr geteilt sind, ja, es macht sich sogar die befremdende Tatsache geltend, dass viele der früher eifrigsten Verfechter und Anhängerinnen dieser Idee nun „fahnenflüchtig“ geworden und zu einer anderen Ansicht gekommen sind. Ich will hier nicht schlankweg diese oder jene Meinung als die richtige proklamieren, sondern überlasse dies der Begutachtung jedes Einzelnen, glaube aber, dass es bei der Aktualität dieser Frage gewiss von grossem Interesse wäre, wenn dieser Aufsatz einen lebhaften Meinungsaustausch hervorrufen würde.

Gerade jetzt im Krieg haben wir ja alle, die wir uns sozial betätigen, nicht selten die Erfahrung machen können, wie ratlos viele Frauen den verschiedenen sozialen Fragen gegenüberstehen. Liegt dies allein daran, dass wir bis jetzt kein „weibliches Dienstjahr“ haben, wie kommt es dann, dass so viele Männer, die doch ihr Jahr (oder 2 und 3) „abgedient“ haben, auch nicht die nötige soziale Schulung besitzen?

Das weibliche Dienstjahr soll analog dem des männlichen sein. Dass dies unlogisch gedacht und undurchführbar ist, leuchtet wohl jedem ein. Die Dienstzeit des Mannes hat ja einen ganz andern Zweck und man muss bei ihrer Beurteilung von ganz andern Gesichtspunkten ausgehen; sie vermittelt nur eine einseitige Ausbildung: Tüchtigkeit im militärischen Sinne, und kommt nur für physisch Vollwertige in Betracht, während Männer mit zarterer Konstitution — gleichviel, ob mit hervorragenden Geistes Eigenschaften begabt oder nicht, für diesen Staatsdienst „untauglich“ sind.

Wie steht es nun mit dem weiblichen Dienstjahr? Zweck desselben soll ja sein, die Frauen „sozial“ zu erziehen, ihnen zu zeigen, dass es auch für sie Pflichten gäbe, die über den Rahmen ihrer häuslichen Betätigung hinausgehen (diese steht natürlich in erster Linie) — soll ihnen z. B. Anleitung geben zu einer vernünftig ausgeübten Wohlfahrtspflege, ihnen klar machen, dass nur Arbeitsvermittlung, aber nicht Almosengeben wahrhaft wohlthätig ist, dass es kein Kunststück ist, sparsam zu sein, wenn man aus dem Vollen schöpfen kann, dass der Keim eines in jeder Hinsicht gesunden Volkes in geistig und körperlich vollwertigen Kindern liegt, dass also die Säuglingspflege und Hygiene zu den für jede Frau unentbehrlichsten Kenntnissen gehören, sei es im Interesse ihrer eigenen Kinder, sei es, um im Bedarfsfalle helfend eingreifen zu können usw. usw.

Ist nun, um all dies zu erreichen, eine weibliche Dienstpflicht absolut unerlässlich? Wenn das staatliche Dienstjahr sozial schulen und erziehen soll, dann wäre dessen Einführung zum mindesten ebenso für Männer als für Frauen zu fordern. Die meisten Sozialpolitiker verlangen ja auch, dass jeder Bürger eine bestimmte Zeit sich dem Staate zur Verfügung stelle (ich sehe hier natürlich von der militärischen Dienstpflicht ab) als Gegenleistung für genossene Vorteile. Sehr anschaulich hat dies u. a. der Amerikaner Bellamy in seinem „Looking backward 2000 years“ geschildert, worin er eine, jetzt noch recht phantastisch anmutende Beschreibung eines Zukunftsstaates gibt. Doch von Idealzuständen sind wir heute noch weit entfernt, um sie erreichen, heisst es noch viel praktische Arbeit tun und der Wirklichkeit ins Auge sehen. Gewiss wäre es vom sozialen und rein humanen Standpunkt aus wünschenswert, wenn jedermann so gestellt wäre, dass er der materiellen Unterstützung seiner Mitbürger nicht bedürfte — dass jede Frau und Mutter vollauf Zeit hätte, sich ganz ihrem Haushalt und ihren Kindern zu widmen, und auch die nötige Musse fände, sich geistige Anregung zu verschaffen? Leider wird hierin auch da, wo alle Möglichkeit gegeben ist, dass die Mutter die Erziehung ihrer Kinder leiten könnte, viel gesündigt aus Nachlässigkeit, Bequemlichkeit.

Wird uns nun die Einführung der weiblichen Dienstpflicht eine Besserung bringen?

Ich habe da den Lehrplan einer Schule für hauswirtschaftliche Frauenbildung vor mir, dem ich als Lehrfächer folgende entnehme: Kochen, Hauswirtschaft, Schneidern, Kinder- und Krankenpflege, Gesundheits- und Nahrungsmittellehre, Erziehungs- und Volkswirtschaftslehre. Solche und ähnliche Schulen gibt es viele. Zu erwähnen wären hier u. a. die im vorigen Kriegswinter in Berlin gegründeten Kurse für Frauen und Mädchen, die sich sozial betätigen wollen. Namen wie

Alice Salomon und Gertrud Bäumer bürgen dafür, dass die Sache in guten Händen liegt. Es wäre zu wünschen, dass der Besuch solcher Kurse und Haushaltungsschulen obligatorisch und allen zugänglich werde, auch schon, solange wir noch keine Freischulen haben.

Manche Einwendungen werden laut: „Wo bleibt da die Praxis? Die Kurse vermitteln ja nur die Kenntnisse.“ Die Antwort ist nicht schwer: Heute ist das soziale Elend noch so gross, dass jedermann, der es ernst nimmt mit seinen Pflichten, leicht einen Wirkungskreis findet, und warum sollte das freiwillig Uebernommene schlechtere Früchte bringen als das im weiblichen Dienstjahr staatlich Zugeteilte —? auch nicht jeder Mann ist Soldat mit Leib und Seele!

Wenn unsere Mädchen von Haus aus richtig erzogen, von einer klugen Mutter angehalten werden, mit offenem Auge um sich zu schauen, dann werden sie an dem Elend anderer nicht achtlos vorübergehen, werden mit Liebe und Lust, auch ohne gesetzlichen Zwang, die „Pflichten“ erfüllen, die ihnen zur Selbstverständlichkeit geworden, und dies nicht ein, zwei oder drei Jahre, sondern alle solange ihre Kräfte reichen, „Freiwillige“ sein.

Man sucht ja überall das Uebel an der Wurzel zu fassen, um seine Wirkungen zu beseitigen. So wäre es ja auch — ich wiederhole es so oft ich kann — das Ideal, z. B. keine öffentlichen Kinderkrippen, Kinderhorte etc. zu haben (denn Familie und Haus bleiben die beste und natürlichste Erziehungsstätte), ich möchte noch weiter gehen und die Zahl der Irrenhäuser, Krüppelheime, Trinkerheilanstalten vermindert sehen, und komme damit schon ganz ins Gebiet der Engenik — aber so lange wir eben von Idealzuständen noch so unendlich weit entfernt sind, ist die sozialpolitische Schulung eines jeden, ob Mann oder Frau, das Haupterfordernis, gleichviel, auf welchem Wege sie erreicht wird.



WILLI DÜNWALD, BONN: CREDO.



DER Evangelist, der da erzählt, dass vor nunmehr bald zweitausend Jahren die Engel des Himmels bei der Geburt eines Kindes den Menschen auf Erden Frieden verkündet, die eines guten Willens dazu wären... dieser Evangelist warg anz gewiss ein Dichter und als solcher ein Symbolist. Denn da er solches schrieb, war das damals geborene Kind zum Manné geworden, hatte sein Leben durchlebt und durchlitten und war, für seine Ideale einstehend, als Märtyrer und Heros auf dem Calvarienberg eines unfreiwillig-freiwilligen Todes gestorben, sodass der Dichter und der Symbolist im Evangelisten wohl meinen konnte: am Tage der Geburt dieses Menschen hätte es in der Brust der damaligen Menschen gejauchzt, weil einer gekommen, der willens gewesen, die Menschheit herauszuführen aus dem Reich der dunklen Tierinstinkte, um sie Gott, diesem Ideal vom reinsten und lautersten Menschen, näher zu bringen.

Aber dieser Evangelist war eben ein Dichter und ein Symbolist. Die Engel hatten garnicht gesungen, nicht im Himmel, nicht in der Brust der Menschen. Vielmehr waren diese nur sehr enttäuscht davon, dass es wieder nichts gewesen mit dem so schmerzlich erhofften Erretter, dass er noch immer nicht gekommen, der von Gott zu sendende Messias und dass somit das Königreich Israel, das da werden solle, das Weltreich unter all den anderen ihm untergeordneten politischen Reichen der Welt, noch immer nicht aufgerichtet werde. Und denen unter ihnen, die nicht eben vom politisch-religiösen Fanatismus wie besessen waren und nicht das Kreuziget mitgeschrien, die hatten vielleicht ein nur mitleidiges Lächeln mit jenem sonderbaren Heiligen von Nazareth, der über sein Vaterland hinaus so sehnüchtig ins All gestrebt und allen Menschen, nicht nur den Stammesgenossen, Befreiung hatte bringen wollen von allem Leid. Was war ihnen das Sonderliches: sie lebten ihre kleinen Freuden und ihre kleinen Leiden und hatten nicht Teil am grossen Weltweh (das Gerhard Hauptmann, als er noch der grosse Dichter des Mitleidens war, empfand als der Himmelssehnsucht Wurzel).

Nein es war nichts daran, an dem Jauchzen fiedenverkündender Engel im Himmel, der da ist in der Menschenbrust; es hatte nur gejauchzt und frohlockt in der menschheitliebenden, fiedenssehnsüchtigen Brust des Evangelisten, dieses Dichters und Symbolisten. Die Menschheit aber, sie war von dem inneren Glanze des in Bethlehem Geborenen und auf dem Calvarienberg Gestorbenen unberührt geblieben; es hatte sie ja nach einem handgreiflichen, jeden mit fassbar-irdischen Gütern beglückenden Gottesreiche auf Erden verlangt, und die Liebe, die entselbstende, versöhnende, ins All dringende Liebe war ihr nichts. Und der diese Liebe verkündet und dafür gestorben — nachdem ihm Hass, leidenschaftlicher Hass beschränkter Hirne und enger Herzen darauf geechot — der hatte es ja auch selbst eingesehen, ein wie vergeblich Tun es gewesen, diese Menschen hinausführen zu wollen aus einem nur von dunklen Tierinstinkten beherrschten Leben mit der: Gleiches um Gleiches-Vergeltung, als oberstes Gesetz.

Aber, wofür ein grosser Mensch gelebt, das kann in Ewigkeit nicht untergehen. Und so nahm denn ein gleichfalls sich Sehrender, ein mit der bestehenden Welt Unzufriedener, die Spur dieses im Erkennen und im Lieben so grossen Menschen auf und datierte, da er daran ging, die Lebensgeschichte dieses Mannes zu schreiben, mit dessen Geburt den Anbeginn einer neuen, einer besseren Menschheit. Tat es mit Recht, obgleich damals keine Engel Frieden auf Erden gesungen und obgleich heute, nach beinahe zwei Jahrtausenden, die Menschheit im blutigsten aller Unfrieden lebt, und sogar diese sich untereinander Leid und Tod antun, die im äusserlichen Lippenbekenntnis sich in der Nachfolge des grossen Heros der Liebe erachten. Aber wenn auch! — und wenn auch das eine Oberhaupt dieser Lippenbekenner, ehe es sein unbedeutend, frommes — im Sinne seiner Kirche frommes — Leben beschloss, Partei nahm in diesem Unfrieden auf Erden; und wenn auch sein Nachfolger, wahrhaft ein besserer Statthalter seines Gottes auf Erden, nichts vermochte denn, vor dem Hass zu warnen und der Verachtung, und nur an Nächstenliebe und Menschlichkeit als über allem noch so berechtigtem Streben der Vaterlands-

liebe stehend erinnern konnte . . . der Evangelist, Dichter und Symbolist, tat dennoch Recht, mit der Geburt seines Meisters den Anbeginn einer neuen besseren Menschheit zu datieren: denn die hellseherische Kraft seines Dichtertums liess ihn ahnen, dass in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit zwei Jahrtausende sind gleich zweien Tagen.

Denn dermaleinst — darauf deuten die Entwicklungsmöglichkeiten hin — wird ja doch das Geschlecht kommen müssen, dessen Liebe mehr ist als ein nur triebhaft Gefühl und dessen Erkenntnis mehr sein wird denn ein nur kluger Verstand. In jenen Tagen einer besseren Zukunft, der Zeit der reinen Menschlichkeit, da man denkend zu fühlen und fühlend zu denken wird vermögen, werden Gefühl und Verstand sich nicht mehr gegenseitig ausschliessen, sondern sich zur harmonischen Einheit entwickelt haben. Alsdann wird die Seelenachse im Leben der Bewusstlebenden eine veränderte sein. Nicht mehr wird man Standpunkte — die immer die eignen sind — blindeifernd vertreten, sondern Standpunkte anderer begreifen; womit schon die Kräfte gesucht und gefunden sind, Verbindungen zu schaffen. Und: keine Kräfte widerstreben sich im letzten Grunde, denn alle sind Teile der Urkraft, und mithin — so die Menschen guten Willens sind — wieder zurückführbar zur grossen Einheit. Gottes ist nicht nur der Orient, Gottes ist auch der Occident, und darum lässt sich, wie ein Bürger jenes kommenden geistigen Reiches, Goethe, dies im West-östlichen Divan vollbracht, die Gleichheit aller Religionen und Philosophien als als aus einer Sehnsucht stammend dartun. So wird denn das Streben kommender Tage sein müssen und auch sein: aus scheinbar feindlichen Vielheiten das Ergebnis versöhnender Einheit zu ziehen.

Um zeitgemäss zu reden: Völker werden gegenseitig ihre Werte erkennen, was gleichbedeutend ist mit anerkennen. Ein Volk wird nicht mehr die eigenen Eigenschaften und Sonderheiten am andern Volke vermissen als etwas Fehlendes, vielmehr Eigenschaften und Sonderheiten als das begreifen, was sie sind: klimatische Betonungen einer in den äussern und innern Daseinsgesetzen sich doch gleichbleibenden Menschheit. Man wird sich etwa der Märchen erinnern und finden — die Märchenbücher der Weltliteratur beweisen dies — dass kein Land und kein Volk auch nur ein Märchenmotiv in Alleinpacht hat, sondern durch alle Sprachbekenntnisse das gleiche Märchen, nur unter anderem Namen, nur durch die völkischen Temperamente im Rhythmus verschieden, hindurchgeht und Zeugnis gibt von einer überall gleichen menschlichen Sehnsucht. Von einer Sehnsucht der Menschen, aller Menschen, über den bestehenden Tatbestand hinaus; von einem Wünschen und Verlangen, die diesseitige Welt der Unzulänglichkeit zu erweitern zu einem Reich des Jenseits schönster unbegrenzter Möglichkeiten. Und dieser Sehnsucht wird der Mensch von morgen, welcher ist der Mensch nach vielleicht tausend Jahren, sich beugen; denn, weil er ein Geschöpf sein wird sowohl der Erkenntnis wie auch der Liebe, so wird ihm offenbar sein, dass die Sehnsucht, und nur die Sehnsucht schuf, was immer an Menschheitswerten geschaffen wurde; und nachzufühlen wird er befähigt sein, was für ein leidvoll Ding die Sehnsucht ist. Darum: wo man sich immer sehnte — und wo wäre das nicht! — da wird sein mitmenschlich Herz weilen, mitschlagen und begreifen.

Ja, es wird dieser Mensch des Zeitalters reiner Menschlichkeit — denn auch er wird, wie alles, was worden ist, ein Produkt sein seiner heimatlichen Erde und darin wurzeln für und immerdar — anderer Artung als Ergänzung begreifen zu der eignen, naturnotwendig begrenzten, mehr oder weniger einseitigen Wesenheit seiner erdhaften Abstammung. Die klimatische Abtönung, die uns in der Tier- und in der Pflanzenwelt so herrlich und so weise dünkt, wird ihm in der Menschenwelt nicht mehr vorkommen wie eine disharmonische, nicht ineinanderfügbare Vielheit, sondern sein ein Zusammenstimmen von Tonsätzen: die hehre Symphonie der Menschheit im Weltall. Diese Musik in Ohr und Herz, mag er mit Schmerz in der Weltgeschichte von verflossenen Zeiten, Jahrhunderten und Jahrtausenden lesen, in denen man sich nicht verstand, Feindschaft gesetzt fühlte zwischen sich und andere und so ein Leben des Hasses lebte, des Kampfes und der gegenseitigen Ausrottung. Er wird lächeln müssen ob der Ehrbegriffe, die man damals hatte — denn er, gefestigt ruhend in sich, ist unverletzbar — und lächeln wird er müssen, dass man damals Kampf und Ausrottung der Ernährung wegen für notwendig hielt. Denn seine Zeit, die abgelaufen vom nimmersatten und darum verderblichen Tanz ums goldne Kalb und sich dafür verinnerlichte zu einem reinen Menschentum, sie wird — eben durch die Fähigkeit der Erkenntnis — Bedingungen zu schaffen vermocht haben, kraft deren alle, denen Leben gegeben ward, auch leben können, ohne dass einer der Bittende, der andere der Gönner wäre. Wie jede Zeitepoche die frühere durch die Tat widerlegt, so wird eben seine Zeit alle Ausflüchte früherer Jahrhunderte ad absurdum geführt haben, so dass alles, was man einstens unabänderlich nannte und naturnotwendig — und sich dabei einwertete als scharfsinniger Politiker realer Dinge und doch nichts war denn ein nur mit bestehenden Tatsachen rechnender Verstand — nun sich erweist als ein nur zeitbedingtes Versagen, als die Unzulänglichkeit einer noch nicht zu ihren höchsten und letzten Möglichkeiten ausentwickelten Menschheit.

Dass es auch in den Gezeiten solchen Versagens und solcher Unzulänglichkeiten Geister gegeben, die nicht den Glauben aufzugeben vermochten an einen dereinst kommenden Zustand schönster Vereinigung, sich als verfrühte Bürger eines solchen Reiches fühlten und der Ahnung lebten, dass alles Fort- und Weiterstreben der Besten letztthin seinen Sinn habe in jener Erfüllung . . . das wird im Zeitalter der reinen Menschlichkeit nicht vergessen sein. Eingedenk, dankbar eingedenk wird man einzelner Männer wie kleiner Völkerschaften bleiben, die als unentwegte Pioniere der Kultur daran mitschufen, die gesamte Menschheit frei zu machen und reif für jene Fähigkeit der Erkenntnis und jene Kraft der Liebe, die notwendig ist zu der Umwandlung heilsamen Verständnisses untereinander. Die als Schwärmer, Träumer und Ideologen von ihrer Zeit Verlästerten werden gerechtfertigt dastehen als die einzig wahren Politiker des realen Lebens, als diejenigen, die zwischen den Zeilen zu lesen vermochten und rechneten mit dem Geist, der jedem noch so realen Dinge innewohnt, meist aber nur einem sechsten Sinne wahrnehmbar ist.

Und vor allem auch wird man des Evangelisten, des Dichters und Symbolisten als eines zukunftsgläubigen Menschen gedenken, der sich

nicht mit der Tatsache abfinden konnte, dass ein wahrhaft grosser Mensch umsonst gelebt, umsonst für sein Credo gestorben, vielmehr mit dessen Eintritt in die Welt die Morgendämmerung einer neuen Menschheit ahnte. Dieser Messias aber, im Erkennen und Lieben so gross, dessen Gesagtes und Ungesagtes sie zu verstehen wie zu fühlen glauben — „ich habe euch noch vieles zu sagen, aber ihr könnt es nicht ertragen“, sprach er zu seinen Zeitgenossen — und in dessen Nachfolge sie sich wahrhaft zu befinden erachten . . . dieser wird ihnen sein: „der heimliche Kaiser“.